



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 18.11.2013

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Ab TOP 2

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Etzinger

Ab TOP 2

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Hummler

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Ab TOP 2

Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Beck, Forstamt	TOP 2
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	Bis TOP 7
Frau Christ, Stadtplanungsamt	Bis TOP 7
Frau Fürgut, Persönliche Referentin Oberbürgermeister	
Herr Kopf, Hochbauamt	TOP 2
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Frau Ludwig, Ordnungsamt	TOP 3 bis 5
Herr Mantz, Liegenschaftsamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	TOP 2
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Merkle, Baubetriebsamt	Bis TOP 2
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	
Herr Walz, Gebäudemanagement	Bis TOP 2
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2014 der Stadt Biberach	
3.	Bebauungsplan "Alte Schulstraße/Heuweg"	185/2013
4.	Bebauungsplan "Bleicherstraße/Vollmerstraße (Feuerwehr)" der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB	196/2013
5.	Fortführung des Präsenzdienstes in den Jahren 2014 und 2015	202/2013
6.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Ramminger Straße West"	200/2013
	a) Prüfung der bei der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen	+ 200/2013 - 1
	b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und Beschluss über die örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO	
7.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Berliner Platz"	204/2013
8.1.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung am 30.09.2013 gefassten Beschlusses - Verkauf der Eigentumswohnung Karpfengasse 6, 88400 Biberach	209/2013
8.2.	Nahwärmekonzept Hochvogelstraße in Biberach	

Die Mitglieder wurden am 13.11.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 13.11.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Herr Arnold Hildebrand spricht die Umgestaltung des Berliner Platzes an und fragt, was geplant sei, was bereits feststehe und was noch variabel sei.

BM Kuhlmann antwortet, es seien erst Vorüberlegungen angestellt worden und noch nichts entschieden. Es habe eine erste Bürgerbeteiligung im Wohngebiet stattgefunden, bei der die Überlegungen grundsätzlich positiv aufgenommen worden seien. Voraussichtlich im Januar 2014 werde eine erneute Bürgerversammlung stattfinden, um die Überlegungen erneut zu diskutieren und anschließend im Gemeinderat einzubringen.

Herr Hildebrand fragt nach, wie auf diese Bürgerversammlung hingewiesen werde, worauf BM Kuhlmann antwortet, man werde über BIBERACH KOMMUNAL einladen. Alle Haushalte direkt anzuschreiben sei nicht leistbar.

TOP 2 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2014 der Stadt Biberach

Dem Gemeinderat liegt der Entwurf des Haushaltsplans 2014 vor, der in die Beratung eingebracht wird. Die Verwaltung und die Fraktionen äußern sich in vorbereiteten Reden zu diesem Entwurf.

OB Zeidler äußert sich wie folgt: „Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Kollegen Dezernenten, liebe Amtsleiter-Riege, erstmals darf ich die Haushaltsplanberatungen dieser Stadt begleiten; diesen Beratungen und Bemühungen geht ein legendärer Ruf voraus. Ich freue mich auf die umfassende Wegbegleitung gegenseitiger Art in den kommenden Wochen. Den Fraktionen zunächst ein Kompliment: 80 Anträge und 48 Anfragen werden wir in den kommenden Wochen miteinander beackern, das spricht für ihren Einsatz und ihre Identifikation mit dieser Stadt.

Vom legendären, kürzlich verstorbenen OB Rommel ist ein schönes Zitat überliefert: "Finanzpolitik ist die Anwendung der 10 Gebote unter Beachtung der Grundrechenarten". Ich glaube, dass unser Haushaltsentwurf 2014 diesem Anspruch voll und ganz genügt.

Die erste Haushaltsrede stellt dabei einen spannenden Spagat dar zwischen einem kritischen Blick auf das eigene System und Feststellungen unter dem Aral-Motto "Alles Super". Reden unter dem letzteren Motto werde ich hoffentlich in wenigen Jahren halten, wenn das eine oder andere umgesetzt ist, was mir und hoffentlich auch Ihnen wichtig ist. Die wenigen kritischen Untertöne dieser Ansprache verstehe bitte niemand als Geringachtung des bisherigen Systems oder gar Majestätsbeleidigung!

Wir steigen in diese Beratungen ein unter finanzpolitisch hervorragenden Sternen. Nicht nur das exzellente Steueraufkommen der Stadt Biberach als solches, auch die Ergebnisse der Steuerschätzungen sagen den Kommunen in der Bundesrepublik gute Monate, vielleicht auch Jahre, voraus. Für die Kommunen werden Steuereinnahmen in Höhe von 85 Mrd. Euro im Jahr 2013 und 88, 2 Mrd. Euro im Jahr 2014 prognostiziert. 2012 lagen die kommunalen Steuereinnahmen bei 80,1 Mrd. Euro. Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer wird sich 2013 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 3,3 Prozent, das entspricht 1,4 Mrd. Euro, auf 43,75 Mrd. Euro in Deutschland erhöhen. Steigende Steuern helfen sicherlich den Kommunen. Das setzt allerdings voraus, dass Deutschlands Wirtschaft auf Wachstumskurs bleibt. Und für alle Finanzplanungen müssen auch die bestehenden Risiken berücksichtigt werden, etwa die noch nicht gelöste europäische Staatsschuldenkrise. Die Kommunen als Ganzes stehen dabei als Gesamtheit vor einigen Herausforderungen, die zum Teil auch nicht vor den Toren Biberachs Halt machen:

1. Den Sanierungs- und Investitionsstau, den es zu lösen gilt: Das KfW-Kommunalpanel schätzt den bundesweiten kommunalen Investitionsbedarf auf aktuell 128 Mrd. Euro. Auf Baden-Württemberg entfallen davon rund 20 Mrd. Euro. Konkret heißt das, dass die Kommunen im Lande beispielsweise im Bereich "Straßen" einen Investitionsrückstau von über 5 Mrd. Euro vor sich herschieben.
2. Familien haben das Recht auf kindgerechte Unterstützungen in Form von Kitas und Bildungsangeboten, die auch Benachteiligten Teilhabe ermöglicht. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren war für alle Kommunen eine gewaltige finanzielle und personelle Herausforderung. Diese Herausforderung kann auch zukünftig nicht alleine bewältigt werden.

3. Die Bürger unserer Kommunen brauchen bezahlbaren Wohnraum. In vielen Ballungsräumen und insbesondere auch in Hochschulstädten steigen die Mieten und Wohnraum wird knapp. Die Schaffung neuen, bezahlbaren Wohnraums muss weiter verfolgt werden.
4. Das größte Infrastrukturprojekt seit Jahrzehnten ist und bleibt dabei die Energiewende. Auch Biberach bekennt sich klar zu deren Zielen. Und uns ist auch klar, dass wir bei der Umsetzung des Klimaschutzgesetzes eine Vorbildfunktion haben. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir den Anteil der ressourcenschonenden Energien ausweiten und insgesamt weniger Energie verbrauchen.
5. Städte brauchen eine Kultur, die Migranten und Internationalität als Standortfaktor, nicht als Problem ansieht. Deutschland ist ein Einwanderungsland und lebt von der kulturellen Vielfalt seiner Bewohner.
6. Alle Kommunen müssen dem demographischen Wandel durch seniorenrechtliche Angebote begegnen. Das ganze Land wird immer älter, das hören wir seit Jahren in den Medien und von den Demoskopen. Das Miteinander von Jung und Alt kann eine klassische Win-Win-Situation sein. Wir müssen aber dafür sorgen, dass die Lebenswirklichkeit der Senioren eine aktive Teilhabe auch ermöglicht.
7. Europa stärken: In den vergangenen fünf Jahren wurden die Begriffe Europa und Krise viel zu häufig in einem Atemzug genannt. Wir müssen wieder die vielen Vorteile eines geeinten Europas hervorheben. Europa stärken bedeutet, die Städte zu stärken. Als wirtschaftliche, kulturelle und soziale Motoren sind die Städte die Orte des Fortschritts.

Meine Damen und Herren, soweit die etwas makro-politischen Betrachtungsweisen. Jedoch soll ein Herunterbrechen auf den Biberacher Mikro an dieser Stelle auf keinen Fall fehlen. Dabei wird es mir wie Ihnen allen unmöglich sein, alles anzusprechen. Ich möchte mich daher auf wenige Schwerpunktthemen beschränken.

1. Die Infrastruktur: Die B 312 ist mir relativ schnell zu Amtsbeginn auf die Füße gefallen. Streichung aus dem Bundesverkehrswegeplan – Sie können sich alle noch an diese wenig guten Nachrichten aus Stuttgart erinnern. Was dann folgte war eine, ich möchte sagen beispielhafte Aktion, auch über politische und Parteigrenzen hinweg. Menschen, die noch nie demonstriert hatten, gingen in Ringschnait auf die Straße. Vielen Dank allen, die sich hieran beteiligt haben, und insbesondere Ihnen, sehr geehrter Herr Boscher. Wir haben jetzt beschlossen, dass wir dem Land behilflich sind beim Ausbau der seit mehreren Jahren geplanten Verbindung Jordanbad - Abzweigung Winterreute. Dadurch versprechen wir uns, diese Maßnahme schneller aufs Gleis setzen zu können. Ich denke, wir werden weiterhin politisch – diesmal in Berlin – vorstellig werden dürfen, wobei mich hier das Infrastrukturprogramm der irgendwie neuen Bundesregierung - in den kommenden Jahren sollen ja 11 Mrd. Euro in den Straßenbau fließen - optimistisch stimmt. Uns steht eine sehr spannende Verkehrsdiskussion ins Haus, die wir im Rahmen einer Klausurtagung mit Ihnen im Frühjahr vorbesprechen wollen: Denn nach derzeitigem Sachstand können wir eine Genehmigung für den Aufstieg zur B 30 nur erhalten, wenn die Stadt im Gegenzug bereit ist, diverse Rückbauten am eigenen Verkehrsnetz, auch unter dem Stichwort Lärmaktionsplan, in der Stadt vorzunehmen.

2. Die Elektrifizierung der Südbahn gestaltet sich nach wie vor schwierig und vor allem kostenintensiv. Inzwischen gibt es garantierte Zusagen des Interessensverbandes Südbahn für die Leistungsphasen 1 - 4, der Anteil der Stadt Biberach beträgt dabei ca. 177.000 Euro. Das Planfeststellungsverfahren für den Teilbereich Biberach wurde bereits 2012 auf den Weg gebracht. Das Ergebnis der rechtlichen Prüfung und der Planfeststellungsbeschluss liegen noch nicht vor, sind

aber für 2014 angekündigt. Die zu erwartenden Gesamtkosten werden inzwischen mit ca. 226 Mio. Euro angegeben.

3. Bildung und Betreuung: Eine alte Volksweisheit besagt, dass Investitionen in Schulen die höchsten Zinsen bringen. Die EZB hat dieser Tage den Leitzins auf 0,25 Prozent gesenkt, gerade und nicht nur aus diesem Aspekt sind alle Investitionen in unsere Kindergärten und Schulen gut angelegtes Geld. Das Thema "Bildung" ist dabei längst nicht nur ein Thema der Bildungspolitik, sondern auch ein Thema der Sozial-, Familien- Kultur- und Wirtschaftspolitik. Alle diese politischen Felder müssen in dieser Situation verstärkt zusammenarbeiten und sich auch aufeinander beziehen. Denn es geht um das Wissen und die Talente der nachfolgenden Generation, sowie um die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Wir haben 2013 hierbei bereits enorm viel erreicht: die Einführung bzw. Weiterentwicklung der Flexiblen Nachmittagsbetreuung an den Grundschulen, die Entwicklung der Pflugförderschule, die Kita-Verordnung, die Einführung neuer Betreuungsbausteine und die Leitungsfreistellungen. Vor wenigen Tagen haben wir die neue Dollinger Realschule eingeweiht. In der Mali-Schule ist in diesem Schuljahr die Gemeinschaftsschule gestartet. Die Entscheidung über den Kindergarten in Rißegg steht unmittelbar bevor. Die Kindergartengebühren konnten wir in äußerst konstruktiven Gesprächen mit den Kirchen ebenfalls besprechen und werden sie in einer der kommenden Sitzungen hoffentlich auch beschließen. Die Evaluation in Sachen "Schulsozialarbeit" ist abgeschlossen und wird in der Sitzung des Gemeinderats am 16.12. präsentiert. Ich möchte mich bei Ihnen allen dafür bedanken, dass Sie diesen Weg, den ich für einen sehr wichtigen für diese Stadt halte, mitgehen und dass wir all diese Entscheidungen bis dato in großer Einigkeit getroffen haben. Und doch gibt es genau in diesem Bereich noch sehr viel zu tun. Sie erwarten von uns zurecht eine Kindergartenbedarfsplanung, die seit zwei Jahren in dieser Stadt ausgesetzt ist. Wir sind angehalten, unsere Verträge mit den freien Trägern anzupassen an die neuen Geschäftsbedingungen. Wir müssen einen Blick darauf werfen, dass uns die Kosten für das Mensaessen nicht davon laufen. Mit 3,95 Euro in den Gymnasien sind wir hier an einer gewissen Grenze angekommen. Wir schlagen Ihnen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vor, dass die Stadt künftig die Ausgabekosten übernimmt. Die Mittel sind mit einem Sperrvermerk versehen. Dadurch kann dieser Preis zunächst auch stabil gehalten werden. Auch im Bereich Kindertagespflege tut sich aktuell einiges. In einer Arbeitsgruppe wurden die möglichen Maßnahmen zur Strukturförderung der Kindertagespflege ausgearbeitet. Persönlich freut mich, dass bei diesen vielen Aufgaben auch meine eigene Handschrift bereits etwas sichtbar wird, denn ich hoffe, dass Sie alle noch eine Fertigung meines Wahlprospektes besitzen. Ansonsten würde ich nachliefern.

Und doch, meine Damen und Herren, ich bin in diesem Jahr ja sehr viel herumgekommen: Der Zustand manches Kindergartens und mancher Schule stimmt mich äußerst bedenklich. Wir haben vieles im Bereich Substanzerhaltung zu tun, manche Zusage gegenüber den anderen Trägern wartet noch auf ihre Umsetzung. Kindergarten Talfeld, Kindergarten Hühnerfeld, die Zukunft des Braith-Kindergartens und Ulrika Nisch - wir haben da einige Baustellen, die wir miteinander heben müssen. Ich erhoffe mir, dass unsere erst gebildete „Task Force“ in diesem Bereich bald Entscheidungsgrundlagen für unsere Gespräche, insbesondere in den genannten Teilbereichen, liefert.

4. Wirtschaftsförderung: Ich habe dieses Jahr ca. 30 Biberacher Unternehmen besuchen können und werde die Serie auch fortsetzen. Hierbei habe ich vielschichtige Eindrücke gewonnen. Die Stadt hat 2013 wieder einen Wirtschaftsförderer eingestellt, im Februar 2014 eröffnet die IHK ihr Weiterbildungszentrum in der Freiburger Straße. Unsere großen Unternehmen investieren alle: Handtmann in Aspach, Liebherr am Flugplatz in das Ausbildungszentrum, Boehringer baut im-

mer, die Vollmer-Werke haben eine Fläche am Flugplatz erworben – dabei sind unsere Flächen in Biberach endlich. Wir wollen das gemeinsam mit den Bürgermeister-Kollegen der Umlandgemeinden angehen und haben hierzu auch einen Vorstoß im Gemeinsamen Ausschuss gemacht, den wir jetzt mit der nötigen Sensibilität vorantreiben wollen. Wichtig für die Stadt war auch die Eröffnung des Neubaus "Biotechnologie" am 7. Juni diesen Jahres. Sehr positiv werte ich das Einstellen von Mitteln - 20.000 Euro - für ein Technologiezentrum. Entsprechende Voruntersuchungen sind im kommenden Jahr geplant.

5. Wohnraum: Die bauliche Entwicklung von Biberach, insbesondere im Wohnraumbereich, muss uns allen eine gemeinschaftliche Aufgabe sein. Circa 50 Prozent aller Besuche in meiner Bürgergesprächstunde beziehen sich ausschließlich auf das Thema "Wohnraum, Mieten und Kosten hierfür", manchmal komme ich mir dabei aber auch vor wie der "Oberbürgermakler" von Biberach. Bauentwicklungsmöglichkeiten wird die Stadt in den kommenden Jahren im Baugebiet Hochvogelstraße, in der Erweiterung Ramminger Straße, in den Ortsteilen und hoffentlich auch bald im Talfeld schaffen. Dort sollte auch unser Wohnungsbauschwerpunkt liegen. Am meisten Sorgen machen mir dabei die Wohnungsbauten mit geringen oder mittleren Mieten. Passen eigentlich unsere Vorschriften zur Wärmedämmung und andere Auflagen zu dem, was im unteren Mietbereich möglich ist? Ich glaube, hier hat die Politik als Ganzes eine Aufgabe vor sich, die auf den unterschiedlichen Ebenen noch nicht genau abgestimmt ist. Niemand möchte sich gegen Wärmedämmung stellen, aber auch keiner gegen den sozialen Wohnungsbau. Und wenn es am Ende nicht mehr zusammen passt – ähnlich wie bei Tarifverträgen in Pflegeheimen mit den Pflegesätzen der Pflegekassen -, dann muss man hierüber reden. Erfreuliche Erkenntnisse hierzu hören wir ja aus den Koalitionsverhandlungen im Bund. Dieser Tage flatterte eine Pressemitteilung herein, worauf sich Union und SPD auf ein Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen geeinigt hätten.

Auch die Entwicklung in Biberach ist positiv, aus einer Untersuchung zur Wohnungssituation in Biberach, speziell zu bezahlbarem Wohnraum, die sie in absehbarer Zeit auch bekommen werden, geht hervor, dass sich die Lage wohl etwas entspannt. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II und die über das Wohngeld bezuschussten Wohnungsmieten sind seit 2010 kontinuierlich gesunken – dieser Trend wird auch weiterhin so erwartet. Dazu trägt zum einen der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft bei, der für 2014 den Neubau von 15 Wohnungen im entsprechenden Segment im neuen Baugebiet Talfeld geplant hat. Zum anderen sind durch die starken baulichen Entwicklungen in Biberach seit 2008 immer wieder Wohnungen frei geworden, auch der aktuelle Bau von 100 Studentenwohnungen sowie die 44 bezogenen betreuten Wohnungen der Hospitalstiftung tragen zur Entspannung bei. Insgesamt kann außerdem zugesagt werden, dass die Mieten in Biberach für bestehende Wohnungen auf einem vergleichsweise niedrigem Niveau sind. Die örtlichen Baugenossenschaften und unser Eigenbetrieb weisen eine Durchschnittsmiete von 4,72 Euro aus bei insgesamt 1170 Wohnungen. 1130 Wohnungen, es kommen für unsere Statistik noch die öffentlich geförderten Wohnungen anderer Wohnungsunternehmen hinzu, haben einen Quadratmeterpreis von unter 5 Euro, 420 Wohnungen davon von unter 4 Euro.

6. Investitionsprogramm: In Biberach steht unglaublich viel auf der Agenda für das kommende Jahr, was das Bauen angeht: Turnhalle Mettenberg, Kindergarten Rißegg, Roter Bau, Jugendhaus, Feuerwehr, Aussegnungshalle Ringschnait, Ertüchtigung des Baubetriebsamtes, zahlreiche Vereinszuschüsse – Sie alle kennen diese lange Investitionsliste. Auch im Bereich Tiefbau sind für Erschließungen insgesamt ca. 1,6 Mio. Euro und für Ausbauten und Sanierungen von Straßen, Wegen, Plätzen und Brücken insgesamt ca. 2,7 Mio. Euro eingestellt. Übrigens wird komplett im Schatten von jeglicher öffentlichen Wahrnehmung die Kläranlage für 12,7 Mio. Euro vom Abwas-

serzweckverband saniert. Für mich auch schon die Frage: Setzen wir die Prioritäten richtig? Ich habe Ihnen zuvor gesagt, dass der Zustand manches Kindergartens und mancher Schule mich bedenklich stimmt. Was sind unsere Basics? Was ist uns wirklich wichtig und ist die Reihung, die wir derzeit haben, eine Richtige? Wie passt der Vergleich zwischen der grandiosen neuen Turnhalle am RBZ mit dem undichten Dach, dem maroden Abwassersystem der Mali-Turnhalle in Steinwurf-Weite-Entfernung zusammen, die wir 2015/2016 im Plan haben. In der Klausurtagung des Gemeinderats im März 2014 werden wir das Thema "Prioritäten" und damit auch eine Fortschreibung unseres Investitionsprogrammes auf die Agenda setzen. Ich hoffe, wir sind uns darin einig, dass dann Substanz vor Prestige geht – übrigens auch im Straßenbau. Die Stadt ist in einer sehr guten Rücklagsituation und – um es ehrlich zu sagen – hätte ich gerne 20 Mio. Euro weniger in der Rücklage und dafür manches unserer Projekte bereits umgesetzt.

7. Der Markenbildungsprozess: Auch dieses Thema hat uns das ganze Jahr über begleitet und wird auch hier im Gemeinderat demnächst diskutiert werden. Ich möchte Ihnen die ersten Vor-Ergebnisse, die mir bis dato vorliegen, an dieser Stelle kundtun. Stark werden von unserer Bevölkerung die Themen "Tradition, Lebensqualität und Wachstum" bewertet. Dynamik, Weltoffenheit und Internationalität erreichen eher nur durchschnittliche Werte. An kritischen Punkten sticht vor allem eines ins Auge, das von den Befragten (insgesamt ca. 33 Prozent) negativ bewertet wird: das Thema "Ausgangsmöglichkeiten für junge Erwachsene/Freizeitangebote im allgemeinen". Dadurch wird auch kommunal für uns eine richtige Baustelle offenbar, über die ich mir ja auch schon hier im Gremium beim Thema "Jugendhaus" erlaubt habe, entsprechende Anmerkungen zu machen. Ich möchte das heute nicht erneut vertiefen, aber wir müssen das miteinander angehen. Die Stadt wird sicherlich keine Diskothek betreiben, aber wir können Rahmenbedingen schaffen, entweder in unserem Bestand, was ich für schwierig halte, weil jeder eine Disko will, aber keiner daneben wohnen möchte, oder wir sind unter Umständen bereit, gewohnte Vergabekriterien in unseren Gewerbegebieten zu ändern – für mich ist eine derartige Vergnügungsstätte auch am Flugplatz oder in der "flurbereinigten" Bleicherstrasse denkbar.

8. Nachhaltigkeit/e.wa riss/European Energy Award

Meine Damen und Herren, ich bin ein pragmatischer Mensch, und pragmatische Menschen wollen etwas sehen. Um es ehrlich zu sagen, auch mir geht es in diesem Bereich etwas zu schlep-pend. Ich hatte mir erhofft, dass wir Ihnen da mehr vorlegen können – in Sachen z. B. e.wa-Zukunft. So habe ich auch den Antrag zur "Nachhaltigen Stadt der EnBW" verstanden, den wir ja im Oktober auf sportlichem Niveau miteinander diskutiert haben – hier sehen wir eine gute Kooperationsmöglichkeit. Ich weiß mich in dieser Ungeduld nicht alleine, daher sei uns Mut für die Zukunft gemacht: Ich würde mich freuen, wenn wir schon bald einen neuen Geschäftsführer, ein neues Gesicht der e.wa riss der Öffentlichkeit vorstellen könnten. Ich glaube, es sieht gut aus. Was weniger gut aussieht sind die stockenden Verhandlungen mit der EnBW. Leider sieht unser Verhandlungspartner keine Veranlassung mehr, das Wasser zu 100 % der Stadt zu überlassen, so waren wir jedenfalls schon mal im Februar auseinander gegangen. Das wäre aufgrund der neuen EU-Rahmenrechtslinie nicht sonderlich tragisch, die das ja regelt, aber auch hier gilt es, in die Substanz, sprich die Netze, zu investieren.

Warum glaube ich, dass wir auf einem richtigen Wege sind? Erstens sind wir Mitglied im European Energy Award, einem Qualitätsmanagement und Zertifizierungsverfahren, mit dem die Energie- und Klimaschutzaktivitäten der Kommunen umfassend erfasst, bewertet, geplant, gesteuert und regelmäßig überprüft werden. Dieser Prozess wird verwaltungsintern sehr ernst genommen und in unserer Arbeit täglich mit Leben erfüllt. Nahwärmekonzept Hochvogelstrasse, Ausbau der Rad- und Fußwege, des ÖPNVs - wenn auch wie in Mettenberg mit eigenartigen Ne-

benwirkungen -, das Monitoring im Gebäudemanagement, der eCO2centric-Prozess, um Klimaschutzzonen aufzuzeigen, in der Innenstadt ein Nahwärmenetz zu schaffen, die laufende Umrüstung auf LED in der Straßenbeleuchtung, die Schulung unserer Mitarbeiter, der Lärmaktionsplan. Wir machen sehr vieles und wollen da auch noch mehr. Zweitens ist die Stadt immer bemüht, weitere nachhaltige Projekte zu initiieren. Aktuell arbeiten wir beispielsweise an einem Job-Ticket für die städtischen Mitarbeiter, das eine ermäßigte Nutzung des ÖPNV ermöglichen soll. Wir diskutieren mit der Hochschule über ein E-Mobilitätskonzept in Biberach. Wir wollen in Stafflangen ein Konzept entwickeln, wie wir die ortsbildprägenden Höfe erhalten und mit Leben erfüllen können. Und von elementarer Bedeutung: Im kommenden Jahr steht die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts (STEK) auf der Agenda – diese wird unter der Überschrift "Nachhaltiges Biberach" laufen und die zu erstellenden Leitpläne werden diese Handschrift aufweisen. Für mich übrigens auch gerne gemeinsam mit der Bürgerschaft!

9. Personal/Arbeitspapier Hauptamt: Nun komme ich zu meinem letzten Punkt, der Personalsituation. Wir haben vieles vor in dieser Stadt, wir wollen mit Ihnen zusammen dieses Gemeinwesen gestalten, das bedingt nicht nur Projekte und Anträge, die Häuptlinge entgegennehmen und prüfen, das bedingt vor allem Indianer, die diese Dinge auch umsetzen. Das Personalpapier, das aktuell in den Gremien zum Beschluss liegt, beinhaltet ein Paket, das eine Flexibilisierung der Personalsituation erreichen und qualifiziertes Personal auch weiterhin für die Stadt gewinnen soll. Dazu tragen vor allem die vorgesehenen Änderungen der Befristungsregelungen und auch eine übertarifliche Bezahlung in ausgewählten Bereichen, z. B. bei den Erzieherinnen, bei. Die geplanten zusätzlichen Stellen sollen dabei helfen, die hohe Schlagzahl an Projektumsetzung beibehalten zu können. Damit sind wir auch schon bei den beiden Organisationsgutachten der Finanzverwaltung und des Ordnungsamtes. Durch die zentrale Buchung und die Umstellung auf Doppik kommt eine enorme Mehrbelastung auf die Kämmerei zu, die mit zusätzlichen Stellen entlastet werden muss. Auch das Ordnungsamt ist laut Organisationsgutachten unterbesetzt. Ich weiß, dass vielen von Ihnen das bitter aufstößt. Aber alles in allem ist es die wichtigste Bürgeranlaufstelle, ein Kern unserer Dienstleistungen und beileibe nicht allein das Amt der Knöllchen. Die Stadt hat diese Art von Geldbeschaffung auch gar nicht nötig, die Sie übrigens auch über die Haushaltsstelle 1.1100.260000 "Bußgelder und Verwarnungen" regeln können. Nun hat das Gutachten ergeben, dass dieses Amt im sicherheitsrelevanten Bereich Unterstützung braucht. Neben Großschadensereignissen birgt auch die tägliche Arbeit zahlreiche sicherheitsrelevante Aspekte, sei es nun die Kontrolle von Waffenbesitzern, Baustellen, Schwertransporte oder größere Veranstaltungen, die in den letzten Jahren enorm zugenommen haben. Wir sollten diesen Bereich angemessen mit Personal ausstatten. Ausdrücklich unterstreiche ich: Wir wollen keineswegs die Knöllchendichte in die Höhe treiben. Mit möglichen personellen Einsparungen und einer Aufgabenverlagerung auf das Landratsamt können wir die Veränderungen im Ordnungsamt übrigens nahezu personalneutral umsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, soweit meine Ausführungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2014. Ich möchte nicht schließen, ohne dem Team des Finanzdezernats, allen beteiligten Ämtern im allgemeinen und Frau Leonhardt im besonderen, für die Vorbereitung des Haushaltsplanes ganz besonders zu danken.

"Das Leben ist ein Meer, der Fährmann ist das Geld,
wer dieses nicht besitzt, schiffet übel durch die Welt."

Das gilt übrigens auch für Dezernatsstrukturen! Ganz in diesem Sinne darf ich nunmehr unserem finanzpolitisch Ersten Offizier, Herrn Ersten Bürgermeister Wersch, das Wort geben, der Ihnen

mitteilen wird, wo wir 2014 "hin schiffen" – nein, das verbietet der Anstand – hin reisen ist hier wohl sehr viel angebrachter.“

Es wird applaudiert.

EBM Wersch bezeichnet die Rede des Oberbürgermeisters mit 26 Minuten als Premiere. Dann erläutert er die Eckdaten zum Haushaltsplan anhand einer Powerpoint-Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist.

Bei den Einnahmen sei mit ordentlichen Zahlen zu rechnen. Den geplanten Ansatz der Steuereinnahmen bezeichnet er als Sicherheitsansatz und meint, bei gutem Verlauf könnten auch 500.000 bis 600.000 Euro mehr eingehen. Was die Grundsteuer betreffe spreche die Perspektive dafür, sich eine Senkung des Hebesatzes gut zu überlegen. Der Haushaltsplan sei so angelegt, dass weder Steuer- noch Gebührenerhöhungen vorgesehen seien. Er bittet nicht zu vergessen, dass man bei der Gewerbesteuer auf wenige große Steuerzahler angewiesen sei.

Die freie Investitionsspitze gehe von gut 45 Mio. Euro aus.

Bei den Kosten bezeichnet er die Personalkostensteigerung als signifikant und dies seit Jahren, was auf Tarifierhöhungen und Stellenmehrungen zurückzuführen sei. 2009 habe man noch rund 404 Stellen gehabt, 2014 seien rund 457 geplant, wobei allein für 2014 20 neue Stellen geplant seien. In den vergangenen Jahren sei der Löwenanteil auf den Bereich Bildung und Betreuung zurückgegangen, 2014 entfielen auf diesen Bereich nur sieben neue Stellen. Als Gründe nennt er die Dynamik in der Stadt und dass man Probleme habe, die geforderten Arbeitspläne umzusetzen. Dies wirke sich auf das Personal und zunehmend auch auf Raumproblematiken aus, die noch nicht gelöst seien. Bei Betrachtung der Steigerungsrate müsse man berücksichtigen, dass man in den Jahren 2004 bis 2007 im Haus Veränderungen gehabt und Eigenbetriebe gegründet habe. Dies sei seit 2007 nicht mehr der Fall und es sei eine Personalkostensteigerung von jährlich circa fünf Prozent zu konstatieren. Berücksichtigen müsse man auch noch die Personalkosten, die man an Dritte bezahle, die sich seit 2010 auf einem hohen Niveau verstetigten. Man müsse sehen, was sich bezogen auf die Schulsozialarbeit noch ergeben werde.

Als positiv bezeichnet er die Entwicklung des gesamten Verwaltungs- und Betriebsaufwands, dessen Größenordnung zwischen 2013 und 2014 einigermaßen gehalten werden könne. Er nennt als Begründung mäßige Preissteigerungen und dass mit dem vorhandenen Personal beispielsweise beim Gebäudemanagement und beim Tiefbauamt nicht mehr abgearbeitet werden könne.

Weiter führt er die Betreuungskosten an und nennt Gesamtausgaben für die Kinderbetreuung von 9,15 Mio. Euro, was einer Steigerung seit dem Jahr 2007 um rund 7 Mio. Euro entspreche und die Entwicklung werde weiter nach oben gehen, sehe man nur das Problem, ausreichend Personal zu bekommen.

Im Verwaltungshaushalt erwarte man einen Überschuss von knapp 13 Mio. Euro. 2013 sei nicht mit weiteren Verbesserungen, wie man sie in den Vorjahren erlebt habe, zu rechnen. Es sei logisch, dass bei gleichbleibender Steuerkraft der Überschuss sinke. Die Entwicklung der Steuerkraft verdeutliche seine Warnung: In den Jahren 2005 bis 2014 habe man einen Anstieg von 33 Mio. Euro auf 83 Mio. Euro verzeichnet. Er meint, es wäre unseriös zu glauben, dass in den nächsten fünf oder zehn Jahren diese Entwicklung wiederholt werden könne. Daher müsse man die mittelfristigen und langfristigen Planungen mit gewisser Vorsicht angehen.

Das Volumen des Vermögenshaushalts beziffert er mit 32,5 Mio. Euro. 2014 verzeichne man einen Rückgang der Bauausgaben, was mit der Restfinanzierung des Räumlichen Bildungszentrums zu tun habe und dass viele andere Maßnahmen erst anfinanziert würden, die dann in den Folgejahren kräftig zu Buche schlagen würden. 2014 sei also nur eine kurze Erholungsphase. Für den Rückkauf der Wasserversorgung habe man 10 Mio. Euro eingestellt. Eine gewisse volatile Position, sollte der Rückkauf nicht vollzogen werden können.

Zur Finanzierung führt er aus, 2014 werde noch keine Rücklagenentnahme erforderlich, wie dies auch 2013 schon der Fall sei. Danach seien aber Rücklagenentnahmen erforderlich, um die Maßnahmen im Plan finanzieren zu können, wenn auch keine Kreditaufnahmen. 2013 habe man städtische Rücklagen in Höhe von 117 Mio. Euro erwartet, der Abschluss werde wohl etwas besser sein. 2014 werde man eventuell 108 Mio. Euro in der Rücklage haben, es sei aber kein weiterer Gewerbesteuerschub zu erwarten, wobei er nicht ausschließe, dass sich in Teilen des Haushalts Verbesserungen ergeben könnten.

Er stellt klar, dass man nicht über ein Notprogramm diskutiere, sondern Biberach eine der am besten ausgestatteten Gemeinden in Baden-Württemberg sei. Von der Entwicklung der Gewerbesteuer hänge aber vieles ab. Wenn die Entwicklung eintreffe, wie sie im Entwurf des Haushaltsplans 2014 unterstellt sei, könne man 2017 den Plan nicht mehr ausgleichen. Es handle sich dabei keinesfalls um die üblichen Cassandra-Rufe des Finanzdezernats, sondern es sei einfach realistisch, dass die Entwicklung in den nächsten zehn Jahren nicht weitergehen könne wie dies die letzten Jahre der Fall gewesen sei. Die Stadt müsse also aktuell davon ausgehen, dass die Rücklagen reduziert würden. Daher sei es erforderlich, Maßnahmen zu priorisieren, auch weil nicht mehr vom Personal geleistet werden könne. Ein weiteres Aufsatteln von Projekten werde nicht funktionieren. Als Tendenz müssten steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen festgestellt werden.

Nach 19 Minuten beendet EBM Wersch seine Rede und es wird applaudiert.

StR Abele äußert sich für die CDU-Fraktion zum Haushaltsplan wie folgt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren Dezernenten und Amtsleiter, liebe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung Biberach, sehr geehrte Kollegen des Gemeinderates. Verehrte Anwesende, liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Biberach. Auf Seite 072 des über insgesamt 600 Seiten starken Buches namens Haushaltsplan schreiben die Verantwortlichen Herr Wersch und Frau Leonhardt folgendes: *„In diesem Sinne gehen wir bei einem Haushalt, der kaum mehr Wünsche offen lässt und dennoch Handlungsfähigkeit mittelfristig sichert, von breiter Zustimmung und zügiger Beratung aus“*. Wir als CDU sehen die Aussage im Kern ähnlich, stimmen aber auch in der Analyse mit der Kämmerei überein, die die Handlungsfähigkeit mit der Bewertung „mittelfristig“ versieht. Diese Bewertung bildet die Grundlage unserer Stellungnahmen und Anträge zum Haushalt 2014. Vorweg aber ein anderes Thema: Diese Haushaltsplanberatungen stellen ein Novum dar. Wir freuen uns, dass unser Antrag auf mehr Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen dieses Jahr zum ersten Mal greift. Die Vorberatungen sind nun öffentlich und die interessierte Bürgerschaft kann sich informieren, wie ein solches Werk auf den Weg gebracht wird. Wir erhoffen uns, mit diesem Verfahren die zunehmende Kluft zwischen den Bürgern und der Politik wenigstens ein kleines Stück verringern zu können.

Zurück zum Haushalt selbst. 184 Mio. Euro Volumen, Investitionen in Höhe von 15,5 Mio. Euro im Bausektor, knapp 10 Mio. Euro für den Rückkauf des Wassernetzes, eine Zuführung in Höhe von

13 Mio. Euro und das Ganze ohne neue Schulden im Kernhaushalt bei insgesamt über 160 Mio. Euro Rücklagen zum Jahresende 2013 – es gibt nicht viele Kommunen, die über eine solche finanzielle Ausstattung verfügen. Wir danken an dieser Stelle allen, insbesondere unseren Firmen mit allen ihren Mitarbeitern, die zu dieser guten Situation ihren Beitrag leisten. Eine solche finanzielle Ausstattung ist Segen und Verantwortung zugleich. Segen: Gestaltungsspielräume in einem Maße zu haben, von denen andere nicht einmal zu träumen wagen. Verantwortung: diese Mittel zum Wohle unserer Stadt nachhaltig und sparsam zu verwenden. Der Forderung des Finanzdezernenten, entsprechende Reserven zu haben, die eine Beherrschung negativer Veränderungen zumindest über einen mittelfristigen Zeitraum ermöglicht, stimmen wir vollumfänglich zu. Perspektivisch sollte die Reaktionszeit 3 Jahre betragen. Dennoch sei die Frage erlaubt: Können wir im Falle eines Einnahmerückgangs tatsächlich so reagieren, dass wir das Schiff Biberach wie geplant in ruhigen Fahrwassern halten können? Diese Frage hat die CDU bei jeder Beratung zum Haushalt aufgeworfen. Daher kamen von uns in der Vergangenheit immer wieder hierzu Anträge - zuletzt im vergangenen Jahr die Forderung nach einer Haushaltsstrukturkommission, die leider so nicht umgesetzt wurde. Machen wir uns nichts vor: Wir haben Risikofaktoren in diesem Haushalt. So wissen wir, dass der Großteil der Gewerbesteuer von wenigen großen Firmen erbracht wird und in der mittelfristigen Finanzplanung von einem sehr hohen Niveau von 85 Mio. Euro brutto ausgegangen wird. Zum Vergleich: 2010 lag dieses in Anführungszeichen nur bei 60 Mio. Euro und vor 10 Jahren bei gerade mal knapp 34 Mio. Euro. 65 Prozent der Einnahmen kommen aus der Gewerbesteuer. Und gleichzeitig ist es auch Fakt, dass die Ausgaben seit 2010 um mehr als 20 Mio. Euro gestiegen sind. Und wir sehen in diesem Haushalt erneut einen signifikanten Anstieg der Personalkosten. Die Verwaltung plant mit über 20 neuen Stellen. Die Personalkosten steigen auf über 25 Mio. Euro oder um knapp 6 Prozent. Wir als CDU können diesen Anstieg im Augenblick nur schwer nachvollziehen, obwohl wir die Dynamik, die auf das Handeln der Verwaltung einwirkt, nicht verkennen. Das letzte Wort ist hier sicher noch nicht gesprochen. Es zeigt sich, dass unser Antrag zur Haushaltsstrukturkommission vom letzten Jahr richtig war. Wir müssen weg vom statischen Grundsatz „neue Aufgaben bedeuten gleichzeitig auch neue Stellen“, wohlwissend, dass eine temporäre Ausweitung von Stellen auch dazu führen kann, dass an anderer Stelle mehr an Kosten eingespart werden kann. In einer Verwaltung mit über 600 Beschäftigten gibt es Flexibilität, die es zu nutzen gilt. Wir wollen dies zusammen mit der Verwaltung gestalten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auch das Investitionsprogramm von 2011 bemüht. Wir stehen auch heute weiter hinter diesem Programm. Der jetzige Anstieg der Stellen hat nichts mit diesem Programm zu tun. Maßnahmen wie den Neubau des Feuerwehrhauses, die Sanierung der Gymnasien oder das Jugendhaus halten wir nach wie vor für sinnvoll. Auch ist die prognostizierte deutliche Abschmelzung der Rücklage nicht eingetreten. Wir müssen dieses Investitionsprogramm aber vor dem Hintergrund der künftigen finanziellen Entwicklung der Stadt Biberach fortschreiben und sehen dies 2015 mit dem neuen Gemeinderat auf der Agenda.

Die CDU steht heute wie in der Vergangenheit für eine verantwortungsvolle und vorausschauende Finanzpolitik und hat als größte Fraktion ihren Beitrag zu der heutigen guten Situation geleistet. Dies ist mit ein Grund, warum wir dem Antrag der FDP und aktuell der Freien Wähler auf Senkung der Grundsteuer nicht folgen können, auch wenn im kommenden Jahr Wahlen anstehen und es ein Leichtes ist, Steuerentlastungen zu versprechen. Die beantragte Senkung würde einen Einnahmeverlust von 1,5 Mio. Euro bedeuten, wie wir gehört haben. Aufgrund der Steuersystematik bekommen wir keinen Ausgleich für die Senkung, das heißt, der städtische Haushalt hat die Mindereinnahmen voll zu tragen. Im Gegenzug werden wir aber noch in diesem Jahr die Gebühren für die Kinderbetreuung neu ordnen und es ist abzusehen, dass hier weitere Belastungen auf

den städtischen Haushalt zukommen. Die CDU-Fraktion möchte Biberach noch besser als bisher als kinder- und familienfreundliche Stadt positionieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Im Frühjahr 2013 haben wir ein umfangreiches Paket an Verbesserungen in der Qualität für unsere Kindergärten und Betreuungseinrichtungen beschlossen. Umfang: über 1 Million Euro jährlich. Mehr Qualität in der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Wir leisten deutlich mehr als das Land fordert. Aber eigentlich müssten wir daher nun in einem zweiten Schritt die Gebühren in den Kindergärten erhöhen. Wir meinen allerdings, dass dies in der derzeitigen, sehr guten Finanzsituation unserer Stadt nicht sein muss. Die Verwaltungen der Kirchen und der Stadt haben sich friedlich darauf verständigt, dem Gemeinderat vorzuschlagen, die Gebühren ab dem nächsten Kindergartenjahr gemäß den Landesrichtlinien abzüglich 10 Prozent festzusetzen. Dies wird eigens zu beraten sein. Wir signalisieren heute schon, dass wir das mittragen wollen. Kinder sind die beste Investition in unsere Zukunft! Eine 56prozentige Steigerung der Zuwendungen und Zuschüsse für Bildung und Betreuung seit 2010 zeigt, wie ernst wir das meinen. Weitere 25 bis 30 Mio. Euro an Maßnahmen sind mittelfristig geplant. Vergangene Woche konnten wir die Einweihung des Räumlichen Bildungszentrums feiern. 46 Mio. Euro hat die Stadt Biberach investiert. Darauf können wir stolz sein, was auch das vielfältige Interesse der Bevölkerung zeigte. Leider war kein Vertreter der grün-roten Landesregierung da. Diplomatisch ausgedrückt: Äußerst bemerkenswert, handelt es sich hier doch um die größte Realschule des Landes. Andererseits, was die Baden-Württemberger von der grün-roten Schulpolitik halten oder besser ausgedrückt nicht halten, war dieser Tage ausführlich in der Presse lesen. Wir als CDU stehen zu unseren Realschulen.

Die Turnhalle der Mali-Werkrealschule ist ein einem schlechten Zustand. Es besteht dringender Sanierungsbedarf. Die neue Dolli-Sporthalle ist nun fertig gestellt. Daher ist diese Maßnahme im kommenden Jahr zu beginnen und nicht erst in 2015. Ein weiterer Antrag der CDU ist die Erhöhung der Zuweisungen für die Ferienlager „Hölzle“, „Paradiesle“ u.a. um 1 Euro pro Tag und Kind. Die letzte Festlegung des Zuschusses datiert aus dem Jahr 2002. Da darf man unseres Erachtens jetzt auch um 33 Prozent erhöhen. Auch sollen 40.000 Euro für Spielgeräte in der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden. Um die Familienfreundlichkeit unserer Stadt zu stärken, erwarten wir zwei Berichte im Frühjahr 2014 zur Beratung:

1. Eine Zwischenauswertung der Mensen in Gymnasium und Realschule. Immer wieder wird uns gegenüber der hohe Essenspreis kritisiert. Diesen möchten wir uns im Zuge des Berichts besonders anschauen und über Entlastungen nachdenken.
2. Der schon in diesem Jahr erwartete Kindergartenbericht / Kindergartenbedarfsplan muss endlich geliefert werden. Diesen benötigen wir im Frühjahr 2014 dringlich, um über die leider nun wieder verschobene Weiterentwicklung unserer Kindergärten und Schulen zu beraten. Das Talfeld braucht schnellstmöglich den zweiten Kindergarten bei der Krippe. Bei den Kindergärten im Braithweg, Gaisental und Hühnerfeld schieben wir notwendige Entscheidungen vor uns her. Und der bauliche Zustand mancher Gebäude lässt sehr zu wünschen übrig, Beispiel Ulrika-Nisch-Kindergarten. Alles Projekte, die der Oberbürgermeister in seiner Rede auch erwähnt hat. Erwähnt werden soll der Vollständigkeit halber, dass hier auch die Zukunft der Birkendorf-Grundschule und ein möglicher Neubau im Talfeld jetzt entschieden werden müssen, nicht erst in den Folgejahren. Dasselbe gilt für den Umzug der Braith-Grundschule in das Gebäude der Pflugschule. Wir sehen aber einen Projektstau im Amt für Bildung, Betreuung und Sport. Daher können wir uns durchaus vorstellen, dieses Amt personell zu unterstützen, damit die Aufgaben zeitnaher abgearbeitet werden können. Zusätzliche befristete Stellen werden hier kosteneinsparend wirken, da notwendige Projekte schneller umgesetzt werden. Erlaubt sei auch die Anmerkung, dass wir diese zentrale Aufgabe als Chefsache sehen. Ich denke Herr Oberbürgermeister, dies entspricht auch ihren Vorstellungen. Sie hatten ja die Verschiebungen angesprochen. Wir wollten diese Verschiebungen nicht, daher dieser Antrag auf personelle Unterstützung in diesem wichtigen Amt.

Aber nicht nur Jugend, Bildung und Betreuung ist ein Zukunftsfeld einer Kommune. Darüber hinaus gibt es deren viele: Wirtschaftliche Entwicklung, Umwelt, Energie und Verkehr. Senioren- gesellschaft und Bürgerschaftliche Beteiligung und Integration, um nur einige wenige zu nennen. All diese Felder kommunalen Handelns sollen zur Zukunftssicherung beitragen. Mit unseren Anträgen zu der letztjährigen Haushaltsplanberatung zu Bildung, Wirtschaft und Standortsicherung sowie den unterjährigen Anträgen wie zum Beispiel zur Energiewende haben wir einzelne Themenfelder aufgegriffen. Viele davon sind noch aktuell, wie z.B. das interkommunale Gewerbegebiet, die Schulsituation im Talfeld, der notwendige Grunderwerb, z.B. um Diskussionen wie die Aufgabe der Kleingartenanlage zugunsten einer Ausgleichsfläche zu vermeiden, neue Baugebiete z.B. in den Ortschaften usw.. Diese Handlungsfelder sind vernetzt zu sehen. Zu oft wird nebeneinander in den Fachabteilungen gearbeitet. Viele Themen stehen zueinander in einem Zielkonflikt. Der demografische Wandel sowie die Veränderungen im politischen Bewusstsein der Bevölkerung - Beispiel Olympiabewerbung München - sind von entscheidender Bedeutung.

Die Zukunft einer Stadt ist ganzheitlich. Daher beantragen wir eine Denkwerkstatt 2025. Die Denkwerkstatt setzt sich nicht nur aus Personen und Vertreter des öffentlichen Lebens aus Verwaltung, Politik, Kultur, Wirtschaft, Kirche, Vereinen, den Agendagruppen und anderen Organisationen zusammen. Ganz bewusst sollen auch interessierte Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden. Der Charakter der Denkwerkstatt besteht darin, dass die Auseinandersetzung mit den Zukunftsthemen abseits des operativen Geschäftsbetriebes oder konkreter Projekte stattfindet. Sie geht grundsätzlich und ganzheitlich ohne Zeitdruck an die Fragestellungen heran. Eine Denkwerkstatt soll transparent arbeiten und die Bürger mitnehmen. Ergebnisse können Thesen zur Zukunftsgestaltung unserer Stadt oder ein bürgerschaftliches Leitbild sein, an dem sich das Handeln von Politik und Verwaltung orientiert.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist uns unsere Stadtpfarrkirche, die sich im Gegensatz zu vielen anderen kirchlichen Gebäuden eben nicht im Besitz der Kirche, sondern über die Stiftung im Eigentum der Biberacher Bürger beider Konfessionen in Verbundenheit mit der Stadt befindet. Hieraus resultiert als Stadt Biberach unsere Verantwortung. Im Kabarett „Der Springende Punkt“ wurde sinngemäß die Frage gestellt, was einzigartig an Biberach sei. Die Antwort war: Wir haben den größten Kühlschrank – unsere Stadtpfarrkirche. Über die Bauhütte Simultaneum wurde das bürgerschaftliche Engagement eingebunden. Über 280.000 Euro an Spenden kamen zusammen. Dennoch reicht dieses Geld nicht aus, um mit den notwendigen Maßnahmen zu beginnen. Wir wollen ein Zeichen setzen, dass es voran geht und beantragen einen einmaligen Zuschuss an die Bauhütte in Höhe von 1 Mio. Euro. Dies unterscheidet uns im Übrigen zum SPD-Antrag im vergangenen Jahr. Bei diesem wurde lediglich auf Komplementärmittel zu jedem gespendeten Euro eingegangen. Wir wollen wie gesagt diesen Zuschuss. Durch den baldigen Start erhoffen wir uns neben der Verbesserung der Situation auch einen Schub in der Außenwirkung in Sachen Spendenbereitschaft. Zudem gehen wir davon aus, dass auch die Kirchen dieses Vorhaben dann adäquat finanziell unterstützen.

Neben den bereits erwähnten Anträgen haben wir eine Reihe weiterer Anträge eingereicht, um deren Zustimmung wir im Gremium werben werden. Beispielhaft genannt seien: Die Erhöhung der Verfügungsmittel der Bürgermeister - wir haben Vertrauen in unsere Stadtspitze. Adäquate Toiletten auf den Friedhöfen. Mehr Roller- und Fahrradabstellplätze im Bereich der Innenstadt. Beleuchtung von Radwegen, eine verbesserte Busanbindung für das Talfeld. Mit unseren Anträgen möchten wir als CDU diesen Haushalt mitgestalten. Wir verstehen dies als Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, die uns als ihre Vertreter gewählt haben.

Lobend zum Schluss möchten wir festhalten, dass unter anderem folgende unserer Anträge des vergangenen Jahres bereits umgesetzt wurden bzw. geplant sind: Unser mündlicher Antrag auf Rückkauf des Wassernetzes findet sich im Entwurf, ebenso der Baubeginn der Aussegnungshalle in Ringschnait. Die Aufstockung der Mittel für Spielplätze, die Errichtung eines Technologiezentrums, der Bau des Kindergartens in Rißegg, sowie folgende Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung: neue Hortgruppen an der Birkendorf- und Gaisentalgrundschule, Sanierung des Spielplatzes der Kita an der Pflugschule, Weiterentwicklung der flexiblen Nachmittagsbetreuung. Mit der Umsetzung unseres Antrages zum preisgünstigen Bauen leistet die Stadt Biberach einen Beitrag zum bezahlbaren Wohnraum. Zudem wird der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft im Talfeld 15 Einheiten erstellen. Dies unterstützen wir.

Fazit zum Schluss: die Verwaltung hat uns einen insgesamt guten und grundsätzlich maßvollen Entwurf vorgelegt, an dem in den kommenden Wochen an der einen oder anderen Stelle noch gefeilt werden muss. Der Blick hat sich dabei über das Jahr 2014 hinaus zu richten. Trotz der anstehenden Kommunalwahlen im kommenden Jahr gehen wir von konstruktiven Beratungen aus. Der Wahlkampf findet im kommenden Jahr statt. Wir danken allen, insbesondere Herrn Wersch und Frau Leonhardt, sowie unserem Oberbürgermeister Norbert Zeidler für die geleistete Arbeit. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Nach gut 16 Minuten ist StR Abele am Ende seiner Rede angelangt und es wird applaudiert.

StRin Kübler bezieht für die SPD-Fraktion mit folgenden Ausführungen Stellung: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Herren Wersch, Kuhlmann und Dr. Riedlbauer, meine sehr verehrten Damen und Herren, das erste Jahr mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister Zeidler kommt nun in die wichtigste Phase – die Haushaltsplanberatungen. Mit dem Haushaltsplan werden die Weichen für das kommende Jahr gestellt. Hier haben auch Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Möglichkeit, Ihre Handschrift zu hinterlassen. Ich kann aber jetzt schon feststellen, mit dem, was sie gesagt haben, liegen wir sehr nah beieinander.

Vieles wurde 2013 in unserer Stadt bewegt, kurz möchte ich einen Blick zurück werfen: Der Bau eines Jugendhauses ist in trockenen Tüchern. Mit diesem Projekt ist das Facebook-Zeitalter auch in der Stadtverwaltung angekommen. Das Experiment ging auf. Die Jugendlichen blieben dem Projekt bis zum endgültigen Beschluss ihres Favoriten treu. Wir freuen uns über das Ansinnen des Stadtplanungsamtes, die Jugendlichen für die konkrete Planung weiterhin über das Medium Facebook zu beteiligen. Der richtige Weg für die Kids, sich mit dem Haus schon frühzeitig zu identifizieren. Der endgültige Beschluss für den Bau eines neuen Feuerwehrhauses in der Bleicherstraße wurde gefasst. Auch wir warten schon ungeduldig auf den Baubeginn. Die Schüler der Dollinger Realschule konnten in ihre super tolle Schule oder besser gesagt „coolste Schule“ in ganz Biberach, in der Wilhelm-Leger-Straße einziehen. Die Einweihungsfeier am Wochenende machte die Dimension der Schulmeile, aber auch die Wertigkeit, die Verwaltung und Gemeinderäte dem Bereich Bildung entgegenbringen, deutlich. Allerdings muss im städtischen Schulwesen weiter gepowert werden, hier liegt noch einiges im Argen. Für ein ganz anderes, aber in unserer Stadt heiß diskutiertes Projekt, wurde auch eine Lösung gefunden und auf den Weg gebracht. Der Rote Bau. Er bleibt erhalten und die Archive bekommen damit nun endlich die angemessenen Räumlichkeiten. Dieses Ergebnis schreibt sich die SPD ganz deutlich auf ihre Fahnen. Die Nordwestumfahrung wurde eröffnet und vor kurzem ist auch der Kreisel an der Mittelbiberacher Steige fertiggestellt worden.

All die aufgezählten Maßnahmen konnten dank unserer großartigen und verantwortungsvollen Unternehmen ohne gewaltige finanzielle Verrenkungen auf den Weg gebracht werden. Und genau diese positiven Aussagen vermischen wir im Haushaltsplanentwurf. Wir könnten mit Stolz auf die herausragenden Projekte, wie z.B. die Beschlussfassung zum European Energy Award für mehr Power in den Maßnahmen zur Energiewende und die werteerhaltenden Investitionen aufmerksam machen. Andere Gemeinden tun's doch auch. In Biberachs Haushaltsplan sind dagegen eher pessimistische Aussagen zu entdecken. So sind wir zum Beispiel auch über den Denkanstoß gestolpert, zuerst aufs Geld zu schauen, bevor wir weitere Qualitätsverbesserungen und Innovationen anstreben. Diese Sichtweise entspricht nicht unserer. Die SPD-Fraktion blickt zum Einen auf die Bedürfnisse der Menschen und zum Anderen auf die Zukunftsfähigkeit der Stadt und der dazu notwendigen Entwicklungen und stellt sich dann die Frage der Finanzierung. Erfreut nehmen wir daher auch zur Kenntnis, dass sich unsere Strategie in der Mitteleinstellung für die Kletterhalle und für die Planung des Technologiezentrums niederschlägt. Auch die Sichtweise der Verwaltung „eine zeitnahe Anpassung der Gebühren sei notwendig“ ist für uns nicht im Sinne der Bürger. Wir sind für eine sozialverträgliche Gebührenregelung, die nur mit einer von uns schon seit Jahren geforderten Bürgercard umzusetzen ist. Einverstanden sind wir mit einer Risikoversicherung durch Bildung von Rücklagen – keine Frage. Am Beispiel der städtischen Beteiligung an der e.wa.riss zeigt sich, wie wertvoll es ist, auf Rücklagen zurückgreifen zu können. Doch bei dieser Niedrigzinsphase muss auch überlegt werden, wie Gelder langfristig gewinnbringend eingesetzt werden können. Entsprechende Vorhaben gibt es ausreichend in dieser Stadt.

Die demografische Entwicklung lässt zwischen Städten und Gemeinden eine gewaltige Konkurrenzsituation entstehen. Verantwortungsvolles Handeln ist finanzpolitisch gesehen richtig, aber der Erhalt der Attraktivität eines Standortes erfordert Mut für innovative und erfolgversprechende Konzepte.

Zunächst möchte ich den Bereich Kinderbetreuung und Schulentwicklung beleuchten. Wie geht es weiter mit der Braith-, und Pflugschule? Thema Inklusion – in der Pflugschule ist dies ohne Aufzug kaum umsetzbar. Mit welcher Infrastruktur wird das immer weiter und schneller wachsende Talfeld ausgestattet? Wann fällt endlich die Entscheidung über einen Kindergartenneubau im Talfeld? Mehrere Kindergärten in unserer Stadt sind dringend sanierungsbedürftig. Wir müssen ihnen eine Perspektive geben. Fragen über Fragen. Die Verwaltung weiß um die Versäumnisse. Eine Arbeitsgruppe, die ein tragfähiges Konzept erstellen soll, wurde daher eingerichtet. Die Ergebnisse dürfen aber nicht allzu lange auf sich warten lassen. Ein Anliegen von uns ist, das Lehrschwimmbecken Birkendorf in die Betrachtung und Analysierung mit einzubeziehen. Ein Andocken an das bestehende Hallensportbad halten wir nach wie vor für die beste Lösung.

Unsere Anträge dieses Jahr beziehen sich auf unaufschiebbare Maßnahmen. Ohne das Ergebnis der Arbeitsgruppe abzuwarten, ist der dringende Sanierungsbedarf der Mittelberg-Grundschule offensichtlich. 2015 sollte laut Prioritätenliste mit der Sanierung begonnen werden, ergo müsste für 2014 eine Planungsrate eingestellt sein. Die fehlt aber leider. Mit unserem Antrag für eine Planungsrate in 2014 fordern wir Verlässlichkeit. Denn die Schule hat sich darauf verlassen und sich bisher mit kleinen Veränderungsmaßnahmen zufrieden gegeben. Die Sanierung der Malisporthalle erlaubt ebenfalls keinen Aufschub. Ein Blick auf die sanitären Anlagen zeigt die akute Notwendigkeit. „Mali“ und „Dolli“ gehören nun mit dem RBZ eng zusammen. Wenn ich die beiden Sporthallen „Mali“ sowie die neue „Dolli“ in der Betrachtung gegenüberstelle, kommt mir dabei das Märchen von Aschenputtel in den Sinn. Ich lass das mal so stehen. Ich bin mir sicher, Sie kommen drauf, was ich damit meine. Diese Sanierung darf auf jeden Fall aus Sicherheits-, Hygiene- und Imagegründen nicht weiter hinaus geschoben werden. Die Planungsrate, die übrigens im

Haushaltsplan 2013 noch enthalten war, muss wieder eingestellt werden. Um einen Engpass im Schulsport zu vermeiden, beauftragen wir gleichzeitig die Verwaltung, mit dem Land Baden-Württemberg über eine Anmietung der ehemaligen Dollinger Turnhalle zu verhandeln. Zur Frage des Warums: Ab Juli nächsten Jahres steht den Mettenbergern ihre Sporthalle für ca. 1 ½ - 2 Jahre nicht mehr zur Verfügung und dann kommen die Malischüler in diese Situation. Auch wenn wir nun mit der neuen Dolli-Sporthalle einen Ersatz geschaffen haben, fängt diese den vorübergehenden Schüleransturm nicht auf. Uns ist sehr wichtig, dass der Schulsport keine Einbrüche hinnehmen muss. Die neue Sportstätten-situation erfordert die Fortschreibung des Sportstättenberichtes. Dieser soll in 2014 aktualisiert werden. Auch sind wir der Meinung, dass die frühere städtische, gern angenommene Sportlerehrung wieder aufleben muss. Allerdings in einer neuen Form. Hierzu erwarten wir ein Konzept.

Auch die Volkshochschule hat einen nicht zu unterschätzenden Bildungsauftrag. Diese Einrichtung ist derzeit aufgrund Brandschutzauflagen räumlich geschwächt. Der Raum 25 erfordert eine zeitnahe Problemlösung. Dieser einzig große Raum ist elementar für das lebendige Angebot in der vhs.

Für die Schulsozialarbeit hatten wir bereits zum Haushaltsjahr 2013 angekündigt, dass wir die Aufstockung für die 4 Biberacher Grundschulen auf je 50 Prozent in 2014 beantragen werden. Der Evaluationsbericht hat uns darin bestärkt, gleichzeitig auch für die beiden Gymnasien eine Aufstockung von je 50 Prozent zu beantragen und für die Realschule eine 25prozentige Erhöhung.

Die Stadt Biberach lebt und profitiert von der Vielfalt ihrer engagierten Bürger. Der Verein des Stadtteilhauses im Gaisental leistet eine vorzügliche Gemeinwesenarbeit. Das Mehrgenerationenhaus, das den Dialog der Generationen fördert, hängt allerdings am Tropf der Bundeszuschüsse, die Ende 2014 wegfallen werden. Wir wollen von der Verwaltung rechtzeitig im kommenden Jahr ein Konzept zur Weiterführung des Mehrgenerationenhauses vorgelegt bekommen. Ein weiteres Beispiel ist der Abenteuerspielplatz – eine pädagogisch und präventiv ausgerichtete wertvolle Einrichtung. Die Fortführung ist ebenso aufgrund wegfallender Zuschüsse in Gefahr. Uns interessiert, wie sieht die Organisation in anderen Städten aus. Eine Informationsfahrt oder eine Expertenvorstellung im Laufe des Jahres 2014 halten wir für sinnvoll und zweckmäßig. Denn unser Ziel ist, für den Biberacher Abenteuerspielplatz eine tragbare Lösung für den Fortbestand zu finden.

Unser schon langjähriges Anliegen ist der bezahlbare Wohnraum. Am Samstag war in der Schwäbischen Zeitung zu lesen, dass auch in Biberach nicht nur die heile Welt herrscht. Selbst in unserem Raum leben Menschen, die mit einem Nettoeinkommen unter 1.000 Euro auskommen müssen. Unsere Forderung lautet: Eine Erhöhung des Eigenkapitals in den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft mit der Zielrichtung des Neubaus von Wohneinheiten. Die Begründung hierfür ist der weiter steigende Wohnungsbedarf in der Stadt, was auch dazu führt, dass sich viele hier keine Wohnung aufgrund der Mietsteigerungen leisten können. Wir sehen es auch als einen lohnenden Invest unserer Rücklagen gerade in der Zeit der Niedrigzinsphase. Außerdem stellen wir aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen und der Entwicklung der Altersstruktur die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Richtlinien für die Vergabe von Bauplätzen fest. Hierzu erwarten wir einen Vorschlag von der Verwaltung.

Nun komme ich zu den jüngsten Bürgern in dieser Stadt. In die Qualitätsverbesserung im Kindergarten- und Ganztageseschulbereich wurde in den letzten Jahren erheblich investiert. Dies verbuchen wir als wichtige und richtige Investition in die Zukunft unserer Kinder dieses Landes. Seit einiger Zeit steht eine Veränderung der Kindergartengebühren auf der städtischen Agenda. Ex-OB

Thomas Fettback hat dieses Projekt in seiner Amtszeit noch angestoßen. Die SPD-Fraktion strebt allerdings seit mehr als 5 Jahren den gebührenfreien Kindergarten an, was bisher an den erforderlichen Mehrheiten scheiterte. Bildung beginnt bereits im Betreuungsbereich, dafür gibt es zwischenzeitlich einen Konsens. Das Land stellt jährlich 315 Mio. Euro im Kleinkindbereich zur Verfügung. Ab 2014 werden vom Land über den Finanzausgleich 68 Prozent der Betriebsausgaben im Kinderbetreuungsbereich übernommen. Die Kommunale Investitionspauschale hat sich für Biberach zum Vorjahr um 14 Euro pro Einwohner erhöht. Das alles hat uns dazu bewogen, folgenden Antrag zu stellen: Die Gebühr für den Besuch eines Regelkindergartens mit 30 Wochenstunden entfällt ab dem Kindergartenjahr 2014/15. Nur für die Zusatzbuchungen, wie verlängerte Öffnungszeiten, Ganztagesbetreuung und Hort wird der hierfür festgesetzte Satz in Rechnung gestellt. Damit würde z.B. für ein Kind unter 3 Jahren in einem Regelkindergarten mit 30 Stunden Betreuung, eine Gebühr von 94 Euro anfallen, anstelle der aktuellen 188 Euro. Damit erreichen wir zwar noch nicht unser Ziel des gebührenfreien Kindergartens, aber eine nicht unerhebliche Entlastung für die Familien.

In diese Richtung geht auch unser Antrag für eine höhere Bezuschussung des Mensa-Essens, den wir auch zum wiederholten Male stellen. Wir fordern die Verwaltung auf, für 2014 eine Vorlage zu erarbeiten, in der die Mittagessenpreise je Gericht um mindestens einen Euro reduziert werden. Interessante Spielplätze sind ein ganz wichtiger Bereich, um die Freude an der Bewegung zu fördern, die wiederum die schulische und kognitive Leistungsfähigkeit steigern können. Für Kinder ab 10 Jahren sucht man derartige Plätze in unserer Stadt vergebens. Wir erwarten hierzu Vorschläge im Laufe des Jahres 2014.

All unsere Forderungen in diesem letzten Abschnitt, wurden auch in dem vor 3 Jahren aufgestellten Familienbericht benannt. Eine Abarbeitung der empfohlenen Maßnahmen ist bis heute nicht erfolgt. Einzig für den Familienwegweiser wurden Mittel bereit gestellt, doch auch hier liegt noch kein Ergebnis vor. Die Ursache für die Verzögerungen oder besser gesagt, den Stillstand sehen wir in der Tatsache, dass die Stelle der Familienbeauftragten mit gerade mal 20 Prozent nicht mehr zeit- und sachgerecht ausgestattet ist. Der Bereich Familie ist zu bedeutend, um hier auf das Ehrenamt zu setzen. Über eine Stärkung muss im Gemeinderat dringend gesprochen werden.

Unter der Rubrik „Attraktive, saubere und sichere Stadt“ fallen folgende von uns geforderten Maßnahmen: Ein innerstädtischer Walking- und Bewegungsparcours, den wir bereits in dieser Legislaturperiode schon einmal angeregt haben. Vorstellen können wir uns diesen entlang des „Schwarzen Baches“ und der Sportmeile. Fehlende Sitzbänke in der Innenstadt - wir werden immer wieder darauf angesprochen. Eine Konzepterstellung für die Kleingartenanlagen sowie einen Bericht über die Zielrichtung der Verwaltung. Selbst im Jahr 2013 ist der Bedarf nicht zu unterschätzen. Behindertengerechte WC-Anlagen auf allen drei städtischen Friedhöfen - die Toilettenlösung am katholischen Friedhof ist leider nicht zufriedenstellend. Mehr Abfallkörbe in der Innenstadt sowie entlang der Schulmeile mit gleichzeitiger Anbringung einer Rufnummer für eine schnelle Leerung. Die sogenannte „gute Stube Biberachs“, der Marktplatz mit dem inzwischen unansehnlichen chinesischen Pflaster gehört dringend gereinigt. Sanierung des Straßenpflasters in der Bürgerturmstraße. Die Sturzgefahr nimmt immer mehr zu. Fahrradabstellflächen an der Mali-Gemeinschaftsschule und am Stadion - hier fordern wir eine zügige Verbesserung der Situation.

Um die Sanierung des Schadenhofs ist es sehr still geworden. Die Anschlagtafeln in der Bürgerturmstraße werden schon nicht mehr vermietet, aber die angekündigten Alternativen auf dem Schadenhofplatz gibt es noch nicht. Ein Bericht über den aktuellen Stand fördert die Transparenz.

Bedauerlich ist auch, dass die Tourist-Info vorerst nicht ins Rathaus einziehen kann, was auch mit der gesamten beengten Raumsituation im Rathaus zusammenhängt. Doch bis zum Auszug der Notariate im Jahr 2018 sollte mit einer Lösung nicht gewartet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Anträge erfordern verlässliche städtische Einnahmen. Ein Ansinnen, die Grundsteuer zu senken, ist sicherlich reizvoll, doch gerade die Grundsteuer ist unter anderem dafür gedacht, eine bedarfsgerechte und ausreichende Infrastruktur bereitstellen zu können. Biberach liegt mit dem Hebesatz für die Grundsteuer von 300 Prozentpunkten im Vergleich zu anderen Städten noch unter dem Durchschnitt, so dass wir keinen Bedarf einer Senkung sehen.

Wir wissen, dass die Verwaltung, sei es das Amt für Bildung, Betreuung und Sport oder auch das Baudezernat, die alle viel und gut arbeiten, nicht unbedingt auf neue Aufträge warten. Wir fordern von der Verwaltung keine höhere Schlagzahl. Unsere Anträge enthalten zum Teil Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren bereits eingefordert haben. Für uns sind Bildung und Betreuung und Wohnungsbau die zentralen Themen. Für diesen Bereich sind wir auch durchaus bereit, die 2011 festgesetzte Prioritätenliste neu zu justieren, bzw. Projekte wenn nötig extern zu vergeben, aber auch dem vorgelegten Personalkonzept zuzustimmen. Wie bereits anfangs gesagt, die Attraktivität eines Standortes erfordert Mut für innovative und erfolgversprechende Konzepte. In diesem Sinne wünschen wir uns partnerschaftliche konstruktive Beratungen zum Haushaltsplan 2014.

Die SPD-Fraktion dankt allen, die an der Erstellung des Haushaltsplanes 2014 beteiligt waren sowie verantwortlich zeichnen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Nach einer Redezeit von 17 Minuten wird applaudiert.

StRin Goeth hält für die Freien Wähler folgende Rede: „Es gibt sicher nur wenige Städte in der Größenordnung von Biberach, die über so hohe Einnahmen verfügen können wie unsere Stadt. Man kann deshalb kaum glauben, was auf Seite 066 im Haushaltsplan 2014 steht: "Die Erträge reichen dauerhaft kaum aus, um die Aufwendungen aus dem laufenden Betrieb zu decken." Heißt das, dass wir über unsere Verhältnisse leben? Verlocken die hohen Einnahmen zu immer noch höheren Ansprüchen, die angeblich keinen zeitlichen Aufschub dulden? Die Freien Wähler haben schon in der Klausurtagung 2011 dafür plädiert, im Hinblick auf die boomende Bauwirtschaft und die damit verbundenen hohen Preise die teuren Bauvorhaben zeitlich zu strecken. Neben den reinen Baukosten steigt auch der Personalbedarf, um die Aufgabenfülle im vorgegebenen Zeitraum zu bewältigen. Sollten in Biberach eines Tages magere Zeiten anbrechen, sind Personaleinsparungen nur sehr langsam zu realisieren, da in Krisenzeiten die Personalfluktuaton gegen Null geht. Trotz der erfolgten und vorgesehenen Stellenvermehrungen sind im Haushalt 2014 allein 20 Fremdvergaben aufgeführt, die jedoch nicht ohne Betreuung und Kontrolle durch die städtischen Ämter auskommen. Fremdvergaben verlangen von den Mitarbeitern andere Kompetenzen, als wenn sie die Projekte selbst durchführen.

Zusätzliches Personal kostet nicht nur Geld, sondern braucht auch zusätzlichen Platz. Platz, der in den städtischen Gebäuden nicht vorhanden ist. Ein von den Freien Wählern gewünschter verbesserter Bürgerservice durch Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus und Verlegung der Tourist-Info ebenfalls ins Rathaus muss aus Mangel an Büro-Ersatzflächen immer wieder verschoben werden. Dies ist nicht bürgerfreundlich. In Biberach sind beeindruckende Gebäude entstanden. Darauf dürfen die Biberacher zu Recht stolz sein. Weitere Bauvorhaben sind geplant. Aber eines

muss allen klar sein: Neue Gebäude führen nicht wie bei einem Unternehmer zu höheren Umsätzen und Gewinnen, sondern zu höheren Folgekosten, die die nachfolgenden Haushalte dauerhaft belasten.

Die Stadt hat sich in den zurückliegenden „fetten“ Jahren ein Rücklagenpolster angelegt, damit auch in mageren Zeiten die Lichter in Biberach nicht ausgehen. Obwohl die Stadt weiterhin mit hohen Einnahmen rechnet, müssen in den kommenden Jahren die Rücklagen kräftig angezapft werden, um die vielfältigen Wünsche zeitnah zu befriedigen. Das ist nicht der Sinn einer Risikovorsorge.

Auch ist es immer nur ein Teil der Bevölkerung, der die neuen Turnhallen oder die großartigen Schulen und Kinderkrippen nutzen kann. Die Freien Wähler wollen, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger von der guten Einnahmesituation der Stadt profitieren. Sie haben deshalb, wie die FDP es bereits im Vorfeld getan hat, einen Antrag auf Senkung der Grundsteuer gestellt. Die Freien Wähler sind sich bewusst, dass damit ein Einnahmeausfall von ca. 1,5 Mio. Euro entstehen wird. Aber Biberach hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem.

Desweiteren liegen den Freien Wählern auch ganz unspektakuläre Bedürfnisse der Bevölkerung am Herzen. Alltagsbedürfnisse, die bei Fokussierung auf die großen Vorhaben mitunter auf der Strecke bleiben. Die wenigen Anträge der Freien Wähler greifen solche elementaren Bedürfnisse auf. So warten die Besucher des evangelischen Friedhofs, der demnächst um 40 Urnengräber erweitert wird, seit Jahren auf ein WC. Auch die Besucher des katholischen Friedhofs mit seinem bescheidenen Dixi-Klo schauen sehnsüchtig nach Ringschnait, wo für den kleinen Friedhof eine stationäre WC-Anlage gebaut werden soll. Die Freien Wähler beantragen angemessene Sanitäreinrichtungen für die konfessionellen Friedhöfe in der Kernstadt.

An sonnigen Tagen genießen die Biberacher ihre schöne Stadt bei ausgedehnten Spaziergängen und nutzen die aufgestellten Sitzbänke. Manche dieser Bänke sind in die Jahre gekommen. Wir weisen insbesondere auf die Bank am stark frequentierten Wieland-Gartenhaus hin, die, moosbewachsen, den Ruin jeder Hose bedeutet. Stadtmarketing und Tourismus dürfen nicht nur die Innenstadt im Blick haben. Den vielen Besuchern will man Stadt und Landschaft auch auf reizvollen Spazierwegen zeigen. Dazu müssen neben den Sitzbänken auch die Aussichtspunkte gepflegt und ausgeschnitten werden. Der schönste Aussichtspunkt ist der Gigelturm mit großartigem Blick ins nördliche Rißtal. In vergleichbaren Lagen werden andernorts aufwändige Aussichtstürme gebaut. Die Freien Wähler beantragen, dass die brandschutztechnische Aufrüstung des Gigelturms nicht bis zum St. Nimmerleinstag verschoben, sondern zeitnah in Angriff genommen wird.

Zu einem ganz anderen Thema: Die Verbesserung von Bildung und Betreuung ist Generalthema in der Stadt. Biberach ist auf einem guten Weg, hat aber noch etliche Hausaufgaben zu machen. Einige Stichworte: Standort Birkendorschule, Zukunft des Lehrschwimmbeckens, neuer Kindergarten im Talfeld, Zukunft des Braith-Kindergartens, Ausbau des Kindergartens Hühnerfeld. Die Freien Wähler fordern die Verwaltung auf, im 1. Quartal 2014 den überfälligen Schul- und Kindergarten-Entwicklungsplan vorzulegen, damit dringende Maßnahmen in Angriff genommen werden können. Der Gemeinderat braucht für seine Entscheidungen verlässliche Informationen durch die Verwaltung.

Wichtiger noch als ansprechende Gebäude ist die Qualität der Betreuung von Klein- und Kindergartenkindern in den Tageseinrichtungen. Die Stadt hat durch Maßnahmen wie die teilweise Freistellung der Kindergartenleitungen und durch hauswirtschaftliche Verstärkung wesentlich zu

verbesserten Arbeitsbedingungen und einer entspannten Atmosphäre in den Kindertageseinrichtungen beigetragen. Dies ist den Freien Wählern wichtig, führt aber zu einem enormen Kostenanstieg, für den es keine Zuschüsse gibt. Allein für die Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung wurden 22 neue Stellen geschaffen. Dies und die zunehmende Flexibilisierung der Kinderbetreuung muss bei der anstehenden Neuordnung der Kindergartengebühren berücksichtigt werden.

In allen städtischen Schulen wurden in den letzten Jahren Schulsozialarbeiter eingestellt. Ihr Einsatz hat sich bewährt, zumal die Erziehungskraft vieler Familien zurückgeht. Es hat sich gezeigt, dass bereits in Grundschulen Schulsozialarbeit notwendig ist. Problematische Entwicklungen mancher Kinder können so eventuell verhindert werden. Besonders gefordert ist die Braith-Grundschule mit Schülern aus 20 Ländern, die teilweise nur schlecht, Asylantenkinder gar nicht, deutsch sprechen. Die Lehrkräfte selbst können die sozialen Probleme und die sprachlich oft schwierigen Elterngespräche nicht mehr allein bewältigen. Die Freien Wähler beantragen eine Aufstockung der Schulsozialarbeit, insbesondere an der Braith-Grundschule. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Sprachförderung in den Biberacher Kindergärten ansprechen. Trotz erheblicher Bemühungen zeigen mehr als 20 Prozent der Kinder im Jahr vor ihrer Einschulung deutliche Sprachdefizite. Die Sprache ist der Schlüssel zum schulischen und beruflichen Erfolg. Die Freien Wähler sind, wenn nötig, bereit, weitere Mittel für entsprechende Fördermaßnahmen bereit zu stellen.

Als letzten Punkt wollen wir die Vereinsförderung ansprechen. Es ist noch kein Jahr her, dass die Förderung von vereinseigenen Sportanlagen großzügig ausgeweitet wurde. Bereits jetzt stehen schon wieder darüber hinaus gehende Forderungen und Wünsche im Haushalt. Die Stadt soll Zuschüsse geben für Maßnahmen, die selbst vom WLSB als nicht förderfähig eingestuft werden. Die Freien Wähler wenden sich entschieden dagegen, die getroffenen Regelungen auszuhebeln und Präzedenzfälle zu schaffen.

Wir danken allen Beteiligten, insbesondere Frau Leonhardt, für den wie immer klar strukturierten, übersichtlichen und vollständigen Haushaltsplan.“

Nach 9 Minuten 20 Sekunden wird applaudiert.

Für die Grünen spricht StR Späh mit folgenden Worten, für die er gut 10 Minuten benötigt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer und Vertreter der Presse. Herr Oberbürgermeister Zeidler, in Ihrem ersten Haushalt, den Sie mit verantworten, steht die Stadt Biberach stabil da. Steigende Steuereinnahmen lassen finanziell ein stabiles Umfeld erwarten. Unser Umfeld im Bund, der EU und weltweit zeigt eher eine sich steigende Labilität. Die Staatsverschuldung und die Schuldenbremse werden auch uns in den nächsten Jahren betreffen und uns einiges abverlangen. Die EU-Schuldenproblematik wird sich ebenfalls vermutlich eher noch verschärfen, weil ein Wachstum in den südlichen Staaten nirgends absehbar ist. Die weltweite rasende Veränderung der Wirtschaftsentwicklung, hin zu den asiatischen Märkten, wie bei der Firma Handtmann es kürzlich beim Unternehmertreffen aufgezeigt wurde, zeigt deutlich, wie sich die Lage verändert. Dies alles sind jedoch nur die berühmten Peanuts gegenüber den riesigen weltweiten Problemen, die uns die Klimaveränderung mit ihren unabsehbaren Folgen bringen kann und vermutlich auch bringen wird, wenn wir es nicht schaffen weltweit und auch bei uns, auf allen staatlichen Ebenen, der Entwicklung entgegen zu wirken. Der verheerende Tropensturm auf den Philippinen hat dies als Vorbote wieder eindringlich aufgezeigt. In Warschau tagt die Weltgemeinschaft wieder zu diesem Problem, um

vielleicht eine Annäherung zu finden. Für uns Grüne ist es deshalb mit das wichtigste Ziel, dem auch die grüne Landesregierung sich verpflichtet fühlt, hier auf allen Ebenen umzusteuern, um die Folgen, aber auch die Kosten dieser Entwicklung einigermaßen beherrschbar zu behalten. Die Energiewende ist dafür der entscheidende Hebel, um daran mitzuwirken. Durch den Teilausstieg aus der Atomkraft ist die Energiewende und die ökologische Erzeugung von Strom einen guten Schritt vorangekommen. Die Umsetzung dieser Richtung ist allerdings auf Bundesebene richtungslos und unprofessionell. Auf der kommunalen Ebene muss dies mit viel Kraft und finanziellem Aufwand besser gemacht werden. Darauf komme ich nochmals zurück.

Der vorliegende Haushalt kann auf gute zurückliegende Jahre aufbauen. Im vorliegenden Haushalt weist Herr Wersch im Vorbericht mit Recht allerdings darauf hin, dass die Verteilungskämpfe auf allen staatlichen Ebenen zunehmen werden. Hier kann sich besonders die demografische Entwicklung besonders auswirken. In vorliegenden Plan sind für das nächste Jahr kaum Risiken enthalten. Eine nochmalige Steigerung der Gewerbesteuer darf uns nicht dazu verleiten, hier allzu sicher in die Zukunft zu blicken. Zurückgehende Umsätze wie vor ein paar Tagen von unserem größten Unternehmen prognostiziert, lassen uns keine Spielräume für Steuersenkungen offen. Durch die guten Einnahmen können wir an andere staatliche Ebenen große Summen an Finanzausgleich abführen. Deshalb bleiben uns von einem Euro Einnahmen nur knapp 40 Cent für unsere Aufgaben übrig. Durch die guten Steuereinnahmen können wir auch unseren Bürgern eine gute Infrastruktur an Bildung, Betreuung, Sport und Kultur anbieten. Dies bleibt auch ein wichtiger weicher Standortfaktor, um für unsere Firmen, die sich am Weltmarkt behaupten müssen, eine gute Basis für die Mitarbeiterwerbung zu legen. Deshalb müssen wir es auch tragen, dass die Kostendeckungsgrade verschiedener Einrichtungen, besonders bei der Betreuung von Kleinkindern sich weniger monetär positiv entwickeln, sondern wir die Sozialstaffelung an der Kinderzahl als Maßgabe dafür anwenden. Wir Grüne stehen dazu. Die Kultureinrichtungen leisten eine gute Arbeit und werden entsprechend positiv genutzt. Die wieder tolle Bewertung der Bücherei ist dafür ein gutes Beispiel. Durch die Evaluation der Schulsozialarbeit erwarten wir positive Rückmeldungen bezüglich der geleisteten Arbeit und stehen weiteren Anforderungen der Schulen offen gegenüber. Der große Brocken RBZ wurde am Freitag nun seiner Bestimmung übergeben. Ich hoffe, dass die Schulen die Möglichkeiten ergreifen und die neuen Möglichkeiten, die von der Landesebene eröffnet werden, nutzen, um eine zukunftsfähige Schullandschaft am RBZ zu schaffen. Wir haben mit dem Bau an dieser Stelle die Grundlage gelegt. In den Ortschaften konnten den Vereinen Möglichkeiten geschaffen werden, um ihre Aktivitäten voll zu nutzen. In Mettenberg wird durch die neue Turnhalle und die optimale Nutzung des Platzes eine weitere Attraktivitätssteigerung erreicht. Der Schuldenstand im Stadthaushalt ist mit der Null beachtlich. Unsere Rücklagen lassen uns dazu mit einiger Ruhe die nächsten Jahre angehen.

In der Personalausstattung der Verwaltung zeigen sich einige Notwendigkeiten, um die Zukunftsfähigkeit zu steigern. Es muss gelingen, gutes Personal trotz des angespannten Arbeitsmarktes für die anstehenden Aufgaben zu gewinnen. Deshalb muss der Arbeitgeber Stadt Biberach gute Angebote machen können. Um in Zukunft flexibel auf die anstehenden Aufgaben reagieren zu können, muss Personal auch flexibler einsetzbar sein. Dies lässt sich mit dem Einsatz von zusätzlichen Trainee-Stellen ermöglichen. Auch dies begrüßen wir ausdrücklich. Dadurch lässt sich auch eine Weiterbeschäftigung von Auszubildenden nach ihrem Abschluss ermöglichen. Für die in der Klausurtagung 2011 beschlossenen Projekte haben wir zusätzliches Personal bereitgestellt. Diese notwendigen Stellen sollen die enorme investive Entwicklung ermöglichen. Besonders freut uns, dass die Verwaltung zwei Stellen für Menschen mit Handicap schaffen möchte. Dies ist im Zuge der Inklusionsentwicklung der Gesellschaft eine richtige Entscheidung, zu der wir gern Ja sagen. Die Organisationsuntersuchungen im Kämmereiamt und im Ordnungsamt haben Stellenmehran-

forderungen aufgezeigt. Hier erwarten wir noch detaillierte Vorlagen zur Begründung. Die durch das Amt für Gebäudemanagement ermöglichte verstärkte Erarbeitung von verbesserten Energiebilanzen unterstützen wir nachdrücklich, auch wenn die monetären Erfolge sich erst zeitversetzt zeigen.

Ich komme nun zurück zu meinen eingangs gemachten Ausführungen zur Klimaproblematik. Auf den Seiten 032, 033 und 063 geht die Verwaltung in Ansätzen darauf bereits ein. Durch die Unsicherheit der EnBW-Entwicklung haben wir im Landkreis in der OEW einiges an Unsicherheit und auch in unserem gemeinsamen Unternehmen e.wa riss zeigt sich dies. Im Rat setzt sich nun vermehrt die Einsicht durch, dass wir uns im Umweltbereich als Gesellschaft stärker einbringen müssen. Wir hoffen, dass dies nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben. Es ist fünf vor zwölf. Deshalb können wir uns keine rückwärtsgerichtete Politik mehr erlauben. Wir haben nun in unseren Anträgen zu diesem Haushalt versucht, der Verantwortung für die Zukunft als Kommune und auch der Aufgabe des von der Grün-Roten Landesregierung beschlossenen Klimaschutzgesetzes Rechnung zu tragen und unsere Anträge unter das Motto „mehr Klimaschutz für die Stadt“ zu stellen. Wir wollen bei der kommenden Ausschreibung für den Strombezug den Öko-Stromanteil deutlich über 50 Prozent festschreiben. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, der Ökostromerzeugung weiter Auftrieb zu geben. In einem weiteren Antrag soll durch die zügige Ergänzung des Radwegekonzeptes die Attraktivität für die klimafreundliche Fortbewegung verbessert werden. Einige Lücken sind hier noch offen, die dringend geschlossen werden sollten. Das Förderprogramm Umweltschutz, das den Bürgern Zuschüsse für weitere Umweltschutzmaßnahmen besonders im Dämmbereich ihres Hauses ermöglicht, möchten wir wie in früheren Jahren wieder auf 200.000 Euro erhöhen. Wir sehen in der Jahresrechnung 2012 die Ausschöpfung des gesamten eingestellten Betrages und gehen bei einer Ausweitung von weiterem Nutzen für die Umwelt aus. Für ein weiteres wichtiges Klimaschutzanliegen wollen wir ein Förderprogramm der Stadt für Elektromobilität über 100.000 Euro als Zuschuss zum Kauf für Elektroautos auflegen. Dazu passt der nächste Antrag, bei dem wir die schrittweise Umstellung des städtischen Fuhrparks in Elektrofahrzeuge fordern. Um die Bürger vermehrt für den Klimaschutz zu sensibilisieren, soll die Stadt nach dem Vorbild des Landkreises im Jahr 2014 Umwelttage möglichst mit Partnern durchführen. Um die Bürger auch zur Erzeugung von lokaler Energie zu beteiligen, ist es notwendig, sie in Bürgerenergiegenossenschaften zu beteiligen. Hier kann die Stadt als Antriebsmotor mitwirken und ihr Gewicht als Gesellschafter in der e.wa riss dazu einbringen. Ein weiterer Antrag zielt auf ein Konzept, das aufzeigt, wie die Beschaffung von verbrauchsarmen Elektrogeräten in der Verwaltung und allen anhängigen Bereichen umgesetzt werden kann. Im Jahr 2014 soll auch nach unserem Wunsch die EEA-Zertifizierung durchgeführt werden, um die Klimafreundlichkeit der Stadt umzusetzen und als Vorbild zu dokumentieren. Um die Co₂-Belastung zu senken, wollen wir zu den eingestellten 50.000 Euro weitere 50.000 Euro beschließen, um damit mehr neue Bäume im Stadtgebiet zu pflanzen. Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat, das zu unseren Anträgen passt, von Henry Miller: „Wer sich mit der Natur verträgt dem tut sie nichts“.

Wir hoffen nun auf konstruktive Beratungen in den Ausschüssen und wohlwollende Behandlung unserer Anträge und danken der Verwaltung für dieses umfassende Haushaltswerk für das Jahr 2014. Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.“ (Applaus)

Abschließend bezieht StR Funk für die FDP wie folgt zum Haushalt Stellung: „Die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung und die sehr frühzeitige Zusendung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Der außergewöhnlich gute Vorbericht zum Haushaltsplan 2014

spricht alle wichtigen Themen an. Wir teilen die Ausführungen der Verwaltung zu einem hohen Prozentsatz und finden uns mit unseren Meinungen und Positionen gut vertreten. Die permanente Anpassung, Verbesserung und Erweiterung des Vorberichtes hat inzwischen zu einer hervorragenden Transparenz des Haushaltsplans der Stadt Biberach geführt.

Der Rückblick zum Rechnungsabschluss 2012 und die Ausführungen der Verwaltung zur gegenwärtigen Einschätzung zum Haushaltsjahr 2013 zeigen, dass die Haushalte wie in den Vorjahren auf der Einnahmenseite besser als geplant abgeschnitten haben oder abschneiden werden. Im Jahr 2012 wurden, statt der geplanten Zuführung von 14,04 Mio. Euro sagenhafte 46,97 Mio. Euro erzielt und auch im Jahr 2013 wird die geplante außergewöhnlich hohe Zuführung in Höhe von 26,65 Mio. Euro deutlich übertroffen werden und einen Wert von zirka 33 Mio. Euro erreichen. Für den 31.12.2013 erwartet die Kämmerei 120 Mio. Euro in der Allgemeinen Rücklage ausweisen zu können. Zum Vergleich: Vor vier Jahren hat die Verwaltung in der mittelfristigen Finanzplanung mit 36 Mio. Euro, also 84 Mio. Euro weniger geplant. Dies zeigt zum einen, dass die Entwicklung in Biberach besonders gut war und zum anderen, dass die Kämmerei wie immer auf der absolut sicheren Seite geplant hat. In den Jahren 2012 und 2013 gab es in Biberach keine finanziellen Engpässe, aber durchaus personelle Probleme, das Arbeitsvolumen, insbesondere im Baubereich, intern und mit den stark ausgelasteten Fremdfirmen zu bewerkstelligen.

Wie problemlos der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan 2014 auf der Einnahmenseite ist, lässt sich besonders gut zeigen, wenn man die Zahlen 2014 mit den Zahlen von vor zehn Jahren vergleicht. Im Jahr 2004 betrug die Steuerkraftsumme der Stadt Biberach laut Plan 35,15 Mio. Euro oder 1.092 Euro pro Einwohner. Laut Haushaltsplan 2014 wird für das Jahr 2014 von einer Steuerkraftsumme in der Höhe von 83,38 Mio. Euro oder 2.681 Euro pro Einwohner ausgegangen. Das bedeutet eine Steigerung von 145 Prozent pro Einwohner innerhalb zehn Jahren. Die Preise stiegen im selben Zeitraum um zirka 18 Prozent. Die zu zahlenden Umlagen an Bund, Land und Kreis verhielten sich zusammen gerechnet prozentual gesehen in etwa gleich. Erneut sei erwähnt, dass die von der FDP beantragte Grundsteuersenkung 1,5 Mio. Euro pro Jahr kosten würde und problemlos möglich wäre, um eine faire Verteilung der Einnahmen zwischen Stadt und Bürgern zu gewährleisten. Hoffentlich ist der gute Wille mehrheitlich vorhanden, alle Bürger zu entlasten. Ein positiver Beschluss würde auch helfen, die von der Grün-Roten Landesregierung erhöhte Grunderwerbsteuer über die Jahre hinweg etwas zu kompensieren. Diese Steuererhöhung wird derzeit von der Landtagsfraktion der CDU erneut heftig kritisiert. Die FDP-Gemeinderatsfraktion hat sich damit einverstanden erklärt, dass ihr gestellter Antrag auf Grundsteuersenkung innerhalb der Haushaltsberatungen entschieden wird.

Neben reduzierten Grundsteuereinnahmen war die FDP im letzten Jahr zusätzlich bereit, die Neugestaltung der Elternbeiträge im Tagesstätten- und Kindergartenbereich zeitversetzt anzugehen und auf Einnahmen zu verzichten, obwohl die Stadt gewaltig mit einem erweiterten Angebot in Vorleistung ging. Diese Neugestaltung der Beiträge muss nun zwingend im Jahr 2014 geschehen. Die FDP-Fraktion stellt dazu den Antrag, auch die Höhe eines eventuellen Einnahmenausfalls zu berechnen, falls das letzte Kindergartenjahr kostenfrei gestaltet würde. Bei diesen Überlegungen muss berücksichtigt werden, dass sich inzwischen die Finanzströme zwischen Bund, Land und Kommunen verändert haben und die Gemeinden teilweise zusätzlich entlastet werden. In diesem Zusammenhang wartet die FDP-Fraktion noch darauf, dass die Verwaltung die Einnahmen und Kosten im Kindertagesstätten- und Kindergartenbereich übersichtlich zusammenstellt, damit der Abmangel pro Einrichtung klar ersichtlich ist. Im Übrigen folgen wir der Kämmerei, die im Allgemeinen eine zeitnahe Anpassung der Gebühren an die aktuellen Kostensteigerungen fordert.

Bei den Parkgebühren bleibt unser Wunsch nach einer Gesamtbetrachtung der Entwicklung erhalten. Die Stadtwerke bewirtschaften die Parkplätze der Hoch- und Tiefgaragen, die Stadt Biberach die oberirdischen Stellplätze. Eine Gebührenanpassung muss nach FDP-Auffassung immer gemeinsam diskutiert und entschieden werden. Ganz generell wünschen wir uns, dass alle Gebühren nach einem durchdachten Plan laufend und in kleinen Schritten, aber nicht alle auf einmal, angepasst werden. So wird die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben.

Für die Ausgabenseite des Verwaltungshaushalts gelten für die FDP-Fraktion nach wie vor ein paar grundsätzliche Aussagen:

1. Die Personalausgaben und die Sachausgaben stehen seit Jahren in einem Verhältnis von ungefähr 50 % zu 50 %. Sie betragen 2014 jeweils zirka 25 Mio. Euro.
2. Eine Erhöhung des Personalbestandes hat im Normalfall auch eine Erhöhung der Sachausgaben zur Folge und umgekehrt hat die Erhöhung der Sachausgaben meist die Erhöhung des Personalstandes zur Folge.
3. Jeder zusätzlich neu gebaute Quadratmeter Gebäudefläche erhöht die Folgekosten in Form der Bewirtschaftung und der Substanzerhaltung der Gebäude.
4. Jeder zusätzlich neu gebaute Quadratmeter Gebäudefläche sorgt für zusätzlichen Energieverbrauch und Ressourcenverbrauch.

Weitere Aussagen sind der FDP-Fraktion ebenfalls wichtig: Seit ein paar Jahren teilt uns Frau Leonhardt die von der Stadt Biberach zu pflegende und erhaltende Brutto-Geschossfläche (BGF) im Haushaltsplan mit. Diese erhöhte sich von 2010 auf 2014 um 9 Prozent von 183 000 Quadratmeter auf 199 000 Quadratmeter. Die Flächen sind aber noch nicht endgültig und vollständig erfasst. Die FDP-Fraktion stellt nun an die Verwaltung den Antrag, pro Quadratmeter Gebäudefläche einen durchschnittlichen jährlichen Betrag festzulegen, den wir zur Substanzerhaltung brauchen und um eventuell eine Rücklage zu bilden. Die FDP-Fraktion wird auch in Zukunft bei ihrer Haltung bleiben, wenig zusätzliche Gebäudefläche zu genehmigen, aber die Ausgaben zur Substanzerhaltung nach Möglichkeit zu erhöhen. Die FDP-Fraktion verhält sich auf diese Weise sehr umweltfreundlich.

Biberach war auch in den letzten Jahren eine saubere Stadt. Trotzdem hat sich die FDP mit dafür eingesetzt, dass das Baubetriebsamt wieder mit der früheren höheren Reinigungsfrequenz arbeiten kann. Dies wurde jetzt in den Haushaltsplan 2014 eingearbeitet. Was „Biberach Kommunal“ angeht, so hat eine Umfrage nicht nur für die FDP-Fraktion das überraschende Ergebnis gebracht, dass doch ein hoher Prozentsatz der Bürgerschaft das Mitteilungsblatt liest und dies gerne. So gilt es nun, dafür Geld und Personal bereit zu stellen und einige Probleme zu lösen. Die FDP-Fraktion setzt sich weiterhin für ein städtisches Jugendamt ein, das mit dem Kreissozialamt eng zusammen arbeitet und damit Synergieeffekte bilden kann. Diese Aufgaben können auch beim Amt für Bildung, Betreuung und Sport angesiedelt werden. Der Verein „Jugend Aktiv“ sollte sich wie zu seiner Gründungszeit alleine um die offene Jugendarbeit kümmern. Der Gestaltungsbeirat hat sich mehr als bewährt. Er liefert ausgezeichnete Arbeit ab und muss auch in Zukunft beibehalten werden. Die FDP-Fraktion unterstützt die Verwaltung bei ihrem Wunsch nach Flexibilisierung und Professionalisierung der städtischen Personalpolitik. Beim Stellenplan melden wir Bedenken gegen die vier zusätzlichen Stellen beim Ordnungsamt an. Die FDP-Fraktion ist bereit, bestimmte Aufgaben an den Kreis abzugeben. Die FDP-Fraktion beantragt während der Haushaltsberatungen darüber abzustimmen.

Bei der Analyse des Vermögenshaushalts konzentrieren wir uns auf für uns wenige wichtige Punkte: Die wichtigste Einnahmenquelle des Vermögenshaushaltes ist die Zuführung eines posi-

tiven Ergebnisses vom Verwaltungshaushalt. Eine gute Zuführung ist in Biberach seit dem Jahre 2006 gewährleistet und beträgt seither im Durchschnitt über 25 Mio. Euro pro Jahr. Die geplante Zuführung und das endgültige Ergebnis der Zuführung habe ich in einer Anlage beigefügt. Die Entwicklung der Kinder- und Schülerzahlen in Biberach wird in der Anlage 12 des Haushaltsplanes übersichtlich dargestellt. Wir stellen nun den Antrag, dass möglichst im Jahr 2014 entschieden wird, ob Grundschulen und Kindergärten in gerade immer neuen Wohngebieten mit jungen Familien und Kindern errichtet werden oder ob die Einrichtungen langfristig festgelegt und innerhalb Biberach verteilt werden. Das Arbeits- und Familienleben hat sich über die Jahrzehnte stark verändert. Es wird heute grundsätzlich mehr gefahren als früher. Dabei ist es egal, ob dies mit dem eigenen Auto oder per ÖPNV geschieht. Der Grunderwerb muss verstärkt und die Mittel dafür sofort erhöht werden. Wir beantragen die Mittel für den Grunderwerb im Jahr 2014 auf 5 Mio. Euro zu erhöhen. Wir haben seit Jahren wieder einmal die Situation, zu wenig Bauplätze anbieten zu können. Es greifen wieder früher beschlossene Auswahlkriterien. Man sollte in Biberach die Ehe vollzogen haben und wird weiter bevorzugt, je kindereicher die Familie ist. Für die FDP handelt es sich hierbei nicht um Sozialpolitik, sondern um Diskriminierung.

Auch im Vermögenshaushalt wird Geld verdient. Diese Einnahmen betrachten wir haushaltstechnisch als stille Reserve. Sie fließen direkt in die Rücklagen. Die Verbindung zwischen dem städtischen Haushalt und seinen Beteiligungen oder seinen Eigenbetrieben erfolgt im Normalfall über den Vermögenshaushalt. Die selbst produzierten Probleme bei der e.wa riss wurden von zu vielen zu lange unter der Decke gehalten. Bis Lösungen gefunden werden, muss der Steuerzahler Geld und Personal zur Verfügung stellen. Die Verwaltung muss jetzt die Höhe des Schadens beziffern und zwingend klarstellen, wer die Verantwortung zu übernehmen hat. Als einzige Fraktion/Gruppierung hat übrigens die Biberacher FDP im Jahre 2001 nicht zugestimmt, das Sagen über Wasser und Gas zu verkaufen. Den Einstieg in das Glasfasergeschäft ohne Gemeinderatsbeschluss hat die FDP-Fraktion mehrfach heftig kritisiert. Eingeplant ist jetzt im Haushaltsplan 2014 der Rückkauf der Wasserversorgung. Gelingt dies, so wäre dies die mit Abstand größte Einzelausgabe im Vermögenshaushalt 2014. Dieser Ausgabe würde aber ein zusätzlicher dauerhafter Wert gegenüberstehen, den wir nirgends abgebildet sehen. Das im Jahr 2011 vom Gemeinderat beschlossene Investitionsprogramm muss dringend fortgeschrieben werden, da es überhaupt nicht mehr mit der mittelfristigen Finanzplanung übereinstimmt. Diesen Wunsch hat die FDP-Fraktion über Biberach Kommunal bereits vor Monaten transportiert.

Wenn man Schulden und Rücklagen des städtischen Haushaltes, der Beteiligungen und der Eigenbetriebe addiert, stellt man fest, dass das Ergebnis positiv ist, Biberach also keine Schulden hat. Der Sanierungsstau bei Gebäude, Straßen und Plätzen wird aber leider nur langsam reduziert. Beispielhaft verhält sich Biberach jedoch, weil wir die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen periodengerecht im Haushalt abbilden und die Zahlung nicht zukünftigen Generationen überlassen. Biberach ist insgesamt gesehen auf gutem Wege, nachhaltig zu wirtschaften und ist auf jeden Fall dem Bund und dem Land Baden-Württemberg weit voraus.

Die mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2017 sehen wir positiv. Die schwarz-gelbe Bundesregierung übergibt das Land einer möglichen Großen Koalition mit Rekordsteuereinnahmen und einem fast ausgeglichenen strukturellen Haushalt im Bund. Die wichtigen Biberacher Firmen sind weiter auf Wachstumskurs. Die Einnahmenseite hat also eine gute Ausgangsposition. Bei den geplanten Ausgaben handelt es sich teilweise um echte Vermögenszuwächse wie der eventuelle Kauf der Wasserversorgung oder die Investition mit dem neuen Feuerwehrhaus für die nächsten 50 Jahre. Auch die fremdbestimmten Risiken sind gegenüber dem Vorjahr wesentlich geringer einzuschätzen und tragen somit zu einer relativ entspannten Situation bei. Unsere Anträge haben

wir in unserer heutigen Haushaltsrede erwähnt und an die Verwaltung weitergeleitet. Abgesehen von der Grundsteuersenkung führt kein Antrag zu Mehrausgaben oder Mindereinnahmen im Verwaltungshaushalt 2014. Die Steuersenkung würde aber alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Firmen am derzeitigen Wohlstand der Stadt beteiligen. Wie im letzten Jahr hat uns die Verwaltung einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der nur wenige Wünsche offen lässt. Die FDP-Fraktion sagt aus ihrer Sicht zügige Beratungen zu.“

Es wird applaudiert.

OB Zeidler dankt allen Fraktionssprechern für die interessanten Ausführungen zum Entwurf des Haushaltsplans.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 185/2013 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Ortschaftsrat und im Bauausschuss jeweils öffentlich vorberaten.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Entwurf des Bebauungsplanes "Alte Schulstraße/Heuweg", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 906/71 vom 21.08.2013, Index 1 im Maßstab 1 : 500 mit Textteil und örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.

**TOP 4 Bebauungsplan "Bleicherstraße/Vollmerstraße (Feuerwehr)" der
Innenentwicklung nach § 13 a BauGB**

196/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 196/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 11.11.2013.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den gekennzeichneten Bereich in der Anlage von Drucksache Nr. 196/2013, Lageplan des Stadtplanungsamtes Plan-Nr. 13-015 vom 15.10.2013, wird ein Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB aufgestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 202/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 07.11.2013.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Präsenzdienst im Stadtgebiet Biberach, der vom Dornahof wahrgenommen wird, soll um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2015 verlängert werden. Die Kosten betragen wie bisher jährlich 35.000,-- € und werden auf der HHSt. 01.1100.634000 bereitgestellt.

**TOP 6 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Ramminger Straße West"
a) Prüfung der bei der öffentlichen Auslegung
vorgebrachten Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und Beschluss über die
örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO**

**200/2013
+ 200/2013 - 1**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nr. 200/2013 und 200/2013 – 1 zur Beratung vor. Das Thema wurde öffentlich im Bauausschuss am 11.11.2013 vorberaten.

Es findet keine Aussprache statt.

Aufgrund des Satzungsbeschlusses erfolgt getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussantrags. Ziffer 1 wird bei einer Enthaltung und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt. Ziffer 2 wird einstimmig zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan "Ramminger Straße West", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 892/41, Index 4 vom 06.11.2013 im Maßstab 1:500 nach § 10 BauGB in Verbindung mit § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 2. Die örtlichen Bauvorschriften "Ramminger Straße West" in der Fassung vom 06.11.2013 werden nach § 74 LBO in Verbindung mit § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 204/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 11.11.2013 in öffentlicher Sitzung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Entwurf zum Bebauungsplan "Berliner Platz", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 917/44 vom 2.10.2013 Index 0, im Maßstab 1:200 mit Textteil und die örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO, werden zur öffentlichen Auslegung gebilligt.

**TOP 8.1 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung am 30.09.2013
gefassten Beschlusses
- Verkauf der Eigentumswohnung Karpfengasse 6, 88400 Biberach**

209/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 209/2013 zur Information vor.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 8.2 Nahwärmekonzept Hochvogelstraße in Biberach

BM Kuhlmann führt aus, das Thema Nahwärmeversorgung in der Hochvogelstraße sei in den Vorberatungen grundsätzlich positiv diskutiert worden, es bestünden aber noch Detailfragen zu den Konditionen und der technischen Abwicklung. Man habe vereinbart, die Details mit der e.wa riss zu diskutieren und voraussichtlich im Februar 2014 die Bezugskonditionen der e.wa riss und die Details für die technischen Lösungen darzulegen und dann zusammen mit der Festlegung des Grundstückspreises für das Gebiet zu beraten und zu beschließen.

Gemeinderat, 18.11.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann